werden soll, sich gleich die Hintertür der Interpretation öffnet, um die Sonderkonferenzen wieder zuzulassen. (Zustimmung.)

Molkenbuhr: Als gestern der Antrag Sindermann verlesen wurde und Bebel ihn begründet hatte, war einmütig in der Versammlung die Auffassung vorhanden, daß mit dem Wortlaut dieses Antrages und mit der von Bebel gegebenen Begründung eine nach allen Seiten zufriedenstellende Lösung der Frage vorhanden sei. (Sehr richtig!) Daher wurde Schluß gemacht. Ich glaube, wenn jemals später Streitigkeiten darüber entstehen sollten, was mit dem Antrage gesagt ist, dann kann man außer dem Wortlaut des Antrages nur die von Bebel gegebenen Erläuterungen maßgebend sein lassen. (Sehr richtig!) Wenn später versucht ist, noch andere Grundgedanken hineinzulegen, so ist diese Auslegung vollständig beiseite zu lassen. Es kann nur das gelten, was im Wortlaut des Antrages steht und die Begründung, die Bebel gegeben hat. (Sehr richtig!)

Sindermann: Ich hätte kein Wort gesagt, wenn Stadthagen nicht versucht hätte, dem Antrag einen anderen Sinn zu geben.

Liebknecht verzichtet aufs Wort.

Stadthagen, mit Schlußrufen empfangen: Ich muß mich ganz entschieden dagegen verwahren gegen die Unterstellungen Franks und Sindermanns. Frank unterstellt mir, daß Sindermann dies oder jenes behauptet habe. Mit keinem Wort habe ich Sindermann etwas unterschoben. Ich habe ausdrücklich erklärt, daß er den Antrag nicht begründet hat, sondern Bebel, und daß deshalb nur die Begründung von Bebel gelten kann. Ich habe dasselbe ausgeführt wie Molkenbuhr. In diesem Sinne werde ich auch für den Antrag stimmen. Es kommt bei Auslegung des Sinnes des Antrags Sindermann nicht darauf an, was Sindermann verschwiegen hat, sondern auf das, was Bebel gesagt hat. (Sehr richtig!)

Vorsitzender **Haase:** Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Dr. David (persönlich): Stadthagen hat in seinem Schlußwort ein mit Schreibmaschine hergestelltes Formular vorgetragen, das eine Einladung zu einem Diskussionsabend im April 1907 darstellt. Als Thema ist angegeben: Reformpartei oder —? und als Referent werde ich angegeben. Die von Stadthagen verlesene Einladung liegt fünf Jahre zurück. Ich habe mein Gedächtnis eben zermartert, was das gewesen sein könnte, ich habe auch einige meiner Freunde gefragt, es ist mir aber unmöglich, in meiner Erinnerung etwas zu finden, was den Anlaß zu diesem Schriftstück gegeben hat. Ich entsinne mich also weder der hier gemeinten Versammlung, noch daß ich irgendwo über das hier genannte Thema referiert hätte. Ich habe Stadthagen gebeten, er möchte mir mitteilen, woher er diese Einladung bekommen hat, damit ich feststellen kann, von wem sie ausgeht. Stadthagen hat das abgelehnt. (Hört! hört!) Solange er diese Angabe verweigert, muß ich annehmen, daß Mißbrauch mit meinem Namen getrieben worden ist.

Stadthagen: Ich habe David erklärt, daß ich den Genossen, der diese Einladung erhalten hat, fragen werde, ob er gestattet, daß ich seinen Namen bekanntgebe. Machen Sie aus der Sache doch keine weiteren Geschichten! (Zurufe: Sie haben etwas daraus gemacht!) Es ist kein Zweifel, daß der Genosse, der zu Ihrer Seite gehört und dessen Namen ich nicht preisgeben will, diese Einladung wirklich erhalten hat. Daß David ohne sein Vorwissen als Referent aufgeführt worden ist, ist ja möglich. Ich habe gar nichts anderes behauptet.

Vorsitzender **Haase:** Wir kommen zur Abstimmung.

Die Resolution 212 wird einstimmig angenommen.

Der Antrag 204 wird mit überwiegender Mehrheit angenommen. Damit ist Antrag 171 erledigt.

Der Antrag 222 (der Antrag ist in seinem richtigen Wortlaut im Anhang abgedruckt) wird mit überwältigender Mehrheit angenommen. Auf Verlangen wird die Gegenprobe vorgenommen, bei der 5 Delegierte gegen den Antrag stimmen. (Heiterkeit.) Damit sind erledigt die Anträge 110, 112, 114, 115, 116, 117, 149, 158, 172, 183.

Die Anträge 111 und 113 sind zurückgezogen worden. Die Anträge 104 und 147 werden abgelehnt, ebenso der Antrag 106. Die Anträge 177 und 186 sind zurückgezogen.

Ueber Antrag 205 wird getrennt abgestimmt. Satz 1 des ersten Absatzes des Antrages, bei dem es sich um die Propaganda gegen die Todesstrafe handelt, wird einstimmig angenommen. Die übrigen Teile des Antrages werden ebenfalls einstimmig dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.

Es folgt das Referat über Punkt 8 der Tagesordnung:

Der Imperialismus.

Referent **Haase:** Parteigenossen! Wohl kein Wort schwirrt so häufig gegenwärtig durch die politische Welt und klingt so oft an Ihr Ohr, wie das Schlagwort „Imperialismus". Auf die Frage, was unter Imperialismus zu verstehen ist, erhalten wir die verschiedensten Antworten. Manche verstehen darunter die Schaffung eines Reiches, das sich wirtschaftlich selbst genügt, das so ausgedehnt ist, daß innerhalb seines Gebietes sämtliche Rohprodukte gewonnen, sämtliche Industrieprodukte hergestellt und auf eigenem Markt abgesetzt werden können. Ich glaube nicht viele Worte darüber verlieren zu sollen, daß es sich bei diesen Gebilden wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit, sogenannter Autarkie, um phantastische Spekulationen handelt, daß solche sich selbst genügende politische und wirtschaftliche Staatsgebiete Chimäre sind. Als sich in Amerika und in den europäischen Ländern des Kontinents die Schutzzollmauern immer höher erhoben, wurde auch in England eine Agitation für Schutzzölle entfacht und die imperialistische Strömung gefördert, die dahin ging, die zum englischen Reich gehörigen Teile zu einem einheitlichen Ganzen zusammenzuschließen, die sämtlichen Glieder des Reiches mit Einschluß der Kolonien zu einem großen Imperium, einem Reichszollverein, auszubauen. Diese namentlich von Chamberlain betriebene schutzzöllnerische Agitation erlitt Schiffbruch, weil die verschiedenen Teile des englischen Weltreichs ihre gesonderten Interessen haben und die großen Selbstverwaltungskolonien in ihren Finanzen von den Zolleinnahmen abhängig sind. Aber allgemein herrschend geworden ist das Bestreben nach Gewinnung von neuen Macht- und Einflußsphären in anderen Ländern, die Angliederung namentlich überseeischer Länder an den eigenen Staat. Diese imperialistische Idee hat gegenwärtig die ganze Welt ergriffen, Amerika und Japan ebenso wie die europäischen Staaten. (Sehr richtig!) Sie quillt aus der wirtschaftlichen Entwickelung der großkapitalistischen Staaten hervor. Die Produktion hat geradezu fabelhaft zugenommen, wie ich mit wenigen Zahlen illustrieren will. Der Welthandel, d. h. der gesamte Außenhandel der Welt betrug 1909 über 132 Milliarden Mark. Er hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt. Der Anteil Deutschlands an der Zunahme des Welthandels und der Weltwirtschaft ist ein beträchtlicher. Es betrug im Spezialhandel der Wert der Ausfuhr im Jahre 1880 2,95, also fast 3 Milliarden Mark, er war 1891 auf 3,817 Milliarden gestiegen, erfuhr somit innerhalb dieser 11 Jahre nur

eine verhältnismäßig geringe Steigerung. Er betrug aber 1900 bereits 4,61 Milliarden und 1910 war er in jähem Tempo bis auf 7,47 Milliarden gestiegen. (Hört! hört!) Eine ähnliche Entwickelung zeigt sich auf dem Gebiete der Einfuhr. Der Wert der Einfuhr allein im Spezialhandel Deutschlands belief sich 1880 auf 2,86 Milliarden, war 1891 auf 4,12 Milliarden gestiegen, hatte 1900 die Höhe von 5.77 Milliarden erreicht und war 1910 bis auf die gewaltige Summe von 8,93 Milliarden hinaufgeschnellt. (Hört! Hört!) Das bedeutet, daß in Deutschland die Einfuhr sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt und die Ausfuhr in demselben Zeitraum von nur 20 Jahren — was bedeuten 20 Jahre im Leben eines Volkes! — um mehr als das Doppelte zugenommen hat. Einen Maßstab für die Ausbreitung des Weltverkehrs haben wir an Zahl und Umfang der Transportmittel zur See und zu Lande. 1890 hatte Deutschland ein Schienennetz von rund 42 800 Kilometern, 1909 war die Länge des Schienennetzes bereits ausgedehnt auf über 60 000 Kilometer, und diese Entwickelung zeigt sich in fast allen Ländern Europas und der Welt. In Europa hat sich das Schienennetz von 223 000 auf 329 000 Kilometer ausgedehnt. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist das Schienennetz von 268 0000 auf 381 000 Kilometer gewachsen, und wenn ich wegen ihrer besonderen Bedeutung für die nächste Zukunft die Staaten des fernen Ostens erwähne, so zeigt sich, daß das Eisenbahnnetz von Japan mit Korea von 2233 auf 9281 Kilometer und in China, das zuerst vom Weltverkehr durch die chinesische Mauer abgesperrt war, bald, nachdem in diese Mauer Bresche gelegt war, von 200 Kilometer auf 8224 Kilometer gewachsen ist. (Hört! hört!) Inzwischen hat auf diesem Gebiete im fernen Osten eine noch viel rapidere Entwickelung eingesetzt. Für den Transport zur See kommt wesentlich die Kauffahrteischiffahrt in Betracht, die in Deutschland eine geradezu märchenhafte Entwickelung aufzuweisen hat. In Registertonnen betrug der Raumgehalt der deutschen Kauffahrteischiffe 1871: rund 982 000, 1896: 1 500 000 und 1911: 2 903 000! In allen Ländern ist die Entwickelung ähnlich vor sich gegangen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten die Kauffahrteischiffe 1901 einen Rauminhalt von 3 340 000 Nettotons, 1910 einen solchen von 4 459 000 Tons. In Großbritannien und Irland betrug der Rauminhalt seiner Kauffahrteischiffe in Nettoregistertons 1901 über 9 Millionen, 1910 schon 11¼ Millionen. Daraus ergibt sich zugleich, daß England zwar nach dem bekannten geflügelten Wort nicht mehr die Werkstätte der Welt, aber doch bis zur Stunde noch ihr bei weitem größter Frachtführer ist. (Sehr gut!) England hat noch jetzt mehr als die Hälfte der Tonnage der gesamten Welt. Und überall sind Ansätze zu einem weiteren gewaltigen Aufschwung des Weltverkehrs vorhanden. Die Bagdadbahn nähert sich ihrer Vollendung. Von der Deutschen Bank unter dem Segen der deutschen Regierung gebaut, wird sie dann in der Entfernung von Konia bis Koweit etwa ebenso lang sein, als die Strecke Berlin—Konstantinopel. Was diese Bahn, wenn sie bis zum Persischen Golf weitergeführt ist, für die wirtschaftliche Entwickelung bedeutet, darüber gibt es nur eine Meinung. Der englische Ingenieur Wilcox, der sich als hervorragender Wasserbautechniker seine Sporen in Aegypten verdient hat, wurde von der türkischen Regierung beauftragt, zu untersuchen, was aus dem Gebiet zwischen Euphrat und Tigris, dem alten Mesopotamien, wirtschaftlich zu machen sei, und er ist in der Denkschrift „Irrigation of Mesopotania" zu dem Resultat gelangt, daß dort etwa 5 Millionen Hektar Landes, die gegenwärtig wüst daliegen, nachdem die ursprüngliche Fruchtbarkeit vollständig versandet ist, der Kultur wiedergewonnen werden können, daß dort Weizen, Gerste, Hülsenfrüchte wunderbar gedeihen könnten, ferner Reis und wahrscheinlich auch Baumwolle. Während unsere herrschenden Klassen für die Politik überseeischer

Ausdehnung schwärmen, während sie von dem Worte, das Cecil Rhodes geprägt hat, „Ausdehnung ist alles" wie hypnotisiert sind, befällt einen Teil von ihnen, der mit den Vertretern der Schwerindustrie und des Finanzkapitals diese Politik mit Hurra befürwortet hat, unsere Agrarier, ein Schreck bei dem Gedanken, daß der Imperialismus dahin führen könnte, daß aus fremden Ländern nach Deutschland Getreide, Nahrungsmittel eingeführt werden, und damit der Notstand gemildert werden könnte. (Lebhafte Zustimmung.) Welche Perspektiven sich dem Weltverkehr eröffnen, dafür möchte ich noch einige Tatsachen anführen: Die Hedschasbahn von Damaskus über Medina nach Mekka, 1775 Kilometer lang, ist fertig, und die indische Regierung, der der Golf von Aden unterstellt worden ist, beabsichtigt, mit ihr eine Verbindung herzustellen von Aden bis zu einem Punkt einer weiteren Entfernung von 3000 Kilometern. Welche Umwälzung wird eintreten, wenn die Bahn von Kapstadt nach Kairo, wenn sogar das Projekt einer Bahn von Alexandria nach Schanghai durchgeführt ist! Australien wird von einem Schienenweg durchquert. Wir erleben es ferner, daß das Wunderwerk der Technik, der Panamakanal, eröffnet wird, der das Zentrum des Weltverkehrs bilden dürfte. Dadurch tritt Amerika in die engsten Beziehungen zu Ostasien noch mehr als gegenwärtig. Indien ist dann von New York aus durch den Panamakanal um 3000 Seemeilen näher als durch den Suezkanal zu erreichen. Europa liegt dann für China und Japan um 2500 Seemeilen weiter als New York. Der Panamakanal wird ganz neue Erdgebiete dem Absatz erschließen, die bisher von der Kultur noch gar nicht oder nur wenig berührt worden sind.

Aber nicht nur Waren zum persönlichen Gebrauch werden von der hochentwickelten Industrie ausgeführt, sondern es vollzieht sich in immer steigendem Maße eine Ausfuhr von Produktionsmitteln, eine Kapitalausfuhr. Wenn die Kolonien sich auch für Ackerbau und Viehzucht nicht eignen, wenn sie auch geringe Rohstoffe liefern, so sind sie für das Kapital doch wertvoll, weil in ihnen Straßen und Eisenbahnen gebaut, Brücken errichtet, Häfen angelegt, Städte gegründet und zu diesem Zweck Produktions- und Transportmittel dorthin ausgeführt werden. Wenn die Kosten für die Kolonien zum größten Teil durch indirekte Steuern aufgebracht werden, so daß die Besitzenden nicht wesentlich davon getroffen werden, so macht die Bourgeoisie, die an der profitbringenden Ausfuhr der Produktionsmittel beteiligt ist, ein ausgezeichnetes Geschäft. So gewaltig akkumuliert sich das Kapital, daß es nach neuen Verwertungsmöglichkeiten drängt. Das Geldkapital wird geradezu fremden Staaten aufgenötigt, nicht nur um Provisionen und Zinsen aus dem Schuldnerstaat herauszuholen, sondern um ihn auch zu verpflichten, daß er für große Teile der gewährten Summe aus dem Gläubigerstaat Waren und Produktionsmittel beziehe. So kommen nicht nur die Großbanken, sondern seitdem sie auf das engste verflochten sind mit der schweren Industrie, auch diese bei der Auswanderung des Leihkapitals auf ihre Rechnung. Um uns eine Vorstellung von der Größe des Kapitalexports zu machen, brauche ich nur auf folgende Tatsachen hinzuweisen:

England hat schätzungsweise etwa 70 Milliarden Mark im Auslande und in seinen Kolonien angelegt, die Hälfte in den Kolonien, hauptsächlich in Kanada, Indien und Australien. Außerhalb dieser Kolonien ist sein größter Schuldner Amerika, in den Vereinigten Staaten sind von England allein 13¼ Milliarden angelegt. Die Zinseinnahmen Englands betragen etwa 100 Millionen Pfund jedes Jahr. Deutschland hatte 1905 nach Schätzung von Sachverständigen bereits ein Kapital von etwa 20 Milliarden Mark im Auslande angelegt, gegenwärtig wohl wenigstens 35 Milliarden. Man nimmt

an, daß Deutschland, Frankreich und England allein der Welt jährlich etwa 6 Milliarden Kapital liefern, das dazu dient, die Naturschätze der Welt zu erschließen, nicht natürlich für die Masse des Volkes, sondern für das Großkapital. Die Wirkung dieser Vorgänge zeigt sich darin, daß Länder, die bisher völlig abgeschlossen von der Industrie waren, Länder, die Naturalwirtschaft haben, die auf der niedrigsten Stufe produzieren, hineingezogen werden in das großkapitalistische Getriebe, daß in ihnen selbst Industrien entstehen, die später demjenigen Lande, von dem die Befruchtung ausgeht, selbst die allerschwerste Konkurrenz machen werden. (Sehr richtig!) Ich will im Rahmen dieses Vortrages nicht auf die Kolonialpolitik eingehen, die ein Stück imperialistischer Politik darstellt und bei der sich als Triebkraft oft auch das Verlangen nach Rohstoffen zeigt, die ein Lebensbedürfnis der Industrie bilden. Gerade die Kolonialpolitik ist behaftet mit demjenigen Merkmal, das besonders charakteristisch für den Imperialismus ist, nämlich mit dem Charakter der Gewalt. (Sehr richtig!) Als wir vor kurzem lasen, daß in Peru 30 000 Indianer in bestialischer Weise, ohne jedes menschliche Gefühl hingemordet wurden, lediglich um 4000 Tonnen Gummi zu gewinnen, wem fiel da nicht die Schilderung von Marx in dem Kapitel „Genesis des Kapitals" über die Kolonialscheußlichkeiten ein. (Sehr richtig!) Wo die Eingeborenen der Ausbeutung durch die Vertreter der sogenannten zivilisierten Nationen preisgegeben sind, ist es heute noch nicht um ein Haar besser geworden. Die Worte, mit denen Marx jenes Kapitel schließt, bewahrheiten sich noch jetzt: „Wenn das Geld nach Augier mit natürlichen Blutflecken auf jeder Backe zur Welt kommt, so das Kapital von Kopf bis Zehe aus allen Poren blut- und schmutztriefend." (Sehr gut!) Bei der Jagd der hochentwickelten Industriestaaten nach neuen Märkten, Rohstoffländern und Kapitalanlagegebieten müssen Verwickelungen sowohl entstehen mit den Ländern, die als Beute ausersehen sind, als auch zwischen den rivalisierenden Staaten, die auf dieselbe Beute ausgehen. Das Großkapital, das die Staatsgewalt unter seinem Einfluß hat, schreckt nicht vor Gewalt zurück, wenn sie nötig erscheint, um das Ziel zu erreichen. Unter der Herrschaft des Imperialismus ist die Gewalt in hervorragendem Maße eine „ökonomische Potenz". Der Imperialismus vermehrt die Reibungsflächen zwischen den Staaten und erzeugt immer neue Konflikte. Er drückt der auswärtigen Politik der modernen Staaten den Stempel auf. Der Kampf der Vereinigten Staaten von Amerika mit Spanien, ihre Festsetzung auf Kuba, Portorika, den Philippinen, Hawai, ihr Vordringen in Mittel- und Südamerika; der Kampf der Engländer mit den Buren, der Chinafeldzug, der russisch-japanische Krieg, die Annexion Koreas durch Japan, die Aufteilung Persiens zwischen Rußland und England, die Durchdringung Marokkos durch Frankreich, die Einmischung Deutschlands in die Marokkofrage, die wirtschaftliche Festsetzung Deutschlands in der Türkei, die Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich, Rußlands und Englands Vordringen in Asien, der Raubzug Italiens in Tripolis stellen einige Etappen der imperialistischen Politik dar. Bismarck trieb Kolonialpolitik, europäische Politik; nur schüchtern unternahm er 1884 die ersten Versuche einer Kolonialpolitik. Bismarck freute sich, wenn Frankreich sich in Afrika engagierte, weil es dadurch abgehalten wurde, seinen Blick nach Osten, nach Deutschland, zu lenken. Caprivi war es, der offen aussprach, daß die Regierung es sich noch ein Jahr überlegen werde, ob sie Südwestafrika behalten wolle. (Hört! hört!) Der Gedanke der Aufgabe der Kolonien ging damals durch die Köpfe der regierenden Kreise. Wie ganz anders nach dem Jahre 1896! Es war am 18. Januar 1896, als der Kaiser bei der Feier des 25jährigen Reichsjubiläums eine Rede hielt, die zum

erstenmal von dieser Stelle aus den Gedanken des Imperialismus propagierte. Es hieß darin:

„Unser Deutsches Reich ist ein Weltreich geworden, Tausende von deutschen Landsleuten wohnen in allen Teilen der Erde, deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ozean. An Sie alle ergeht die ernste Pflicht, dieses größere Deutsche Reich auch fest an das heimische anzugliedern."

Hier wurde das größere Deutschland, die Angliederung anderer Landesteile an das Deutsche Reich, als Ziel hingestellt. Ein Jahr später war die Dreizackrede im Gürzenich in Köln auf einen ähnlichen Ton gestimmt:

„Der Meergott mit dem Dreizack in der Hand ist ein Zeichen dafür, daß, seitdem unser großer Kaiser das Reich von neuem zusammengeschmiedet, wir auch andere Aufgaben auf der Welt haben; Deutsche an allen Orten, für die wir zu sorgen, deutsche Ehre, die wir auch im Auslande aufrechtzuerhalten haben. Der Dreizack gehört in unsere Faust."
(Hört! hört!)

Als am 16. Dezember 1897 der Kaiser seinen Bruder, den Prinzen Heinrich, der nach China ging, in Kiel verabschiedete, sprach er:

„Sollte je irgendwer unternehmen, uns in unserem guten Recht zu kränken oder uns schädigen zu wollen, dann fahre drein mit gepanzerter Faust!"

Die gepanzerte Faust wurde das Symbol der neuen imperialistischen Politik. Noch deutlicher trat diese Anschauung zutage bei der Verabschiedung der Truppen, die 1895 zum Rachefeldzug gegen China gesandt wurden. Damals hieß es:

„Der Ozean ist unentbehrlich für Deutschlands Größe, aber das beweist auch, daß auf ihm und in der Ferne jenseits von ihm ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen soll."

Es war damit aller Welt verkündet worden, daß Deutschland beachtet sein wolle bei der Teilung der Welt, daß es Weltpolitik machen und an den Früchten dieser Weltpolitik beteiligt sein wolle. Der Reichskanzler selbst, Fürst Bülow, sagte am 11. Dezember 1899 im Reichstage:

„Wenn die Engländer von einem Greater Britain, wenn die Franzosen von einem Nouvelle France sprechen, wenn die Russen sich Asien erschließen, haben auch wir Anspruch auf ein größeres Deutschland."

So wurde von der verantwortlichen Stelle im Reiche der Gedanke eines größeren Deutschlands in das Volk hineingeworfen. Es ist oft so dargestellt worden, als ob jene Aeußerungen des deutschen Kaisers lediglich der Ausfluß einer absolutistischen Gesinnung seien. Aeußerlich scheint es so und richtig ist, daß das äußere Gepräge von dem absolutistischen Geiste herrührt, aber tiefer verbirgt sich dahinter doch eine veränderte politische Anschauung, die herausgewachsen ist aus einer völlig veränderten ökonomischen Lage. (Sehr richtig!) Als der sozialdemokratische Parteitag im Jahre 1900 in Mainz nach dem Referat unseres verstorbenen Genossen Singer über die Weltpolitik debattierte wurde vom Genossen Schoenlank in einer sehr wirksamen Rede die ganze Situation so geschildert, als ob es sich nur darum handele, den Absolutismus zurückzudrängen. Aber schon die nächsten Redner, Ledebour, Fähndrich, Luxemburg, wiesen darauf hin, daß es sich hier um mehr handle, nämlich um den Eintritt einer neuen Phase der kapitalistischen Entwickelung.

Wenn die Staaten Eroberungs- und Raubpolitik betreiben, dann versteht es sich von selbst, daß sie ihre militärische Macht zu verstärken suchen,

um den anderen überlegen zu sein. So ergibt sich das Rüsten, das Wettrüsten in immer größerem Umfange. Ich brauche in diesem Kreise nicht über den Umfang zu sprechen, den das Wettrüsten angenommen hat. Hat doch jeder von uns in Dutzenden von Vorträgen noch bei der letzten Wahl den Wählern die geradezu schwindelerregenden Beträge vor Augen geführt, die die Staaten für Heer, Flotte, Luftschiffahrt ausgeben. Nach dieser Zeit hat das Wettrüsten einen neuen Anlauf genommen. Im neuen Reichstag wurde eine Vorlage von über 650 Millionen Mark für Militär- und Marineforderungen bewilligt. Wir hatten diese Vorlage vorausgesehen, aber sie trat mit einer Schnelligkeit auf, die wir selbst kaum erwartet hätten. Auf den Beschluß des Deutschen Reichstags antwortete die englische Regierung prompt mit einer Nachtragsforderung für die Flotte. Der Minister Churchill gab ausdrücklich an, daß die englische Regierung nur durch das Vorgehen Deutschlands dazu bestimmt worden sei, 990 000 Pfund, also 19 800 000 Mark, für diesen Zweck zu fordern. Im Juli dieses Jahres wurde in Frankreich eine einmalige Ausgabe von 3 Millionen und eine dauernde Ausgabe von 14 Millionen pro Jahr für Militärzwecke bewilligt. Oesterreich vergrößerte die Friedensstärke seines Heeres um 520 000 Mann und stellte ein Rekrutenkontingent von 213 000 Mann auf. Es verstärkt seine Flotte und baut strategische Bahnen in Bosnien, um bei der Teilung der Türkei rechtzeitig auf dem Platze zu sein. Bei der Wichtigkeit der Vorlage für das herrschende Regime scheute man sich nicht, in Ungarn unter Verletzung der Geschäftsordnung und der gesetzlichen Bestimmungen mit Gewalt die Opposition mundtot zu machen, um die Bewilligung der Militärvorlage zu erreichen. Rußland, das nach seinen Niederlagen im japanischen Kriege aus dem Kreise der Großmächte für längere Zeit auszuscheiden schien, hat sich von der Duma vor kurzem 1 Milliarde Mark bewilligen lassen, die bis zum Jahre 1917 für die Flotte ausgegeben werden sollen, und hinter diesem „kleinen" Flottenprogramm steht das große, das für die Jahre 1918 bis 1930 etwa 3 Milliarden Rubel erfordert. Wieviel davon in andere Taschen abfließen wird, ist eine andere Frage. Jedenfalls nimmt Rußland, dessen Heeresetat 1911 bereits 543 Millionen Rubel betrug, in unheimlicher Weise an dem allgemeinen Wettrüsten teil, und es ist für uns von besonderer Bedeutung, daß bei Beratung der Flottenvorlage ausdrücklich betont wurde, daß die Flotte notwendig sei gegenüber Deutschland. Die Kosten, die dem Moloch des Militarismus geopfert werden, sind noch nicht die letzten und größten. Kaum hatte der Deutsche Reichstag die neue Militär- und Marinevorlage bewilligt, da hielt Großadmiral von Köster im Flottenverein in Düsseldorf eine Rede, in der er ausführte, eine dem großen Deutschen Reiche entsprechende Flotte sei nicht vorhanden. (Hört! hört!) Wir müssen also darauf gefaßt sein, daß bald wieder größere Forderungen gestellt werden. Bei dem herrschenden imperialistischen System, bei der internationalen Spannung ist der Anreiz zu vermehrter Rüstung überall ein sehr starker und es erhebt sich für uns die Frage — bestehen doch in unseren Reihen darüber verschiedene Meinungen —: „Kann dem Wettrüsten auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaft Einhalt geboten werden oder nicht?" Ist das Wettrüsten für den Kapitalismus eine Lebensnotwendigkeit, so daß er zur Vermeidung seiner Selbstvernichtung daran festhalten muß? Ein wichtiger Faktor bei der Beurteilung dieser Frage ist es, daß das in der Rüstungsindustrie investierte Kapital ein ganz enormes ist. Nach einer von „Morning Leader" veröffentlichten Tabelle haben in England 6 Aktiengesellschaften, die Kriegsmaterial herstellen, ein Aktienkapital von 352 Millionen Mark und Obligationen von 203 Millionen Mark. Würde das Kapital, das in diesen Industrien steckt, brachgelegt werden, so würde das

allerdings einen starken Rückschlag auf das Wirtschaftsleben haben. Die Rüstungen sind für den Kapitalismus ein Mittel geworden, die Prosperität zu verlängern und etwaige Krisenwirkungen abzuschwächen. Es wäre aber durchaus falsch, allein das Verwertungsbedürfnis des Kapitals, soweit es in diesen Industriezweigen angelegt ist, ins Auge zu fassen und allen anderen Tatsachen gegenüber die Augen zu schließen. Ich möchte bei der Erörterung dieser Frage uns erinnern an jene Worte, die Engels am 5. Oktober 1895 im „Berliner Volksblatt" in einem Brief an den damaligen Genossen Paul Ernst schrieb:

> Wer nicht imstande ist, bei Beurteilung einer ökonomischen oder politischen Sachlage das relative Gleichgewicht der vorliegenden Tatsachen, noch die Stärke der ins Spiel kommenden Kräfte unbefangen abzuwägen, der kommt dazu, der Partei eine total verrückte Taktik aufzunötigen.

Zustimmung.

Diese Worte würde ich über meine Präsidiallippen natürlich nicht bringen (Heiterkeit), wenn ich nicht Engels wörtlich zitieren müßte. Suchen wir das relative Gleichgewicht aller vorliegenden Tatsachen zu ermitteln, so kommen wir wohl zu dem Resultat, daß bei dem großen Einfluß, den die mächtigen Gruppen der Rüstungsinteressenten und die mit ihnen verbundenen Cliquen auf die Staatsgewalt haben, der Kampf gegen das Wettrüsten ein überaus schwerer ist. Aber es läßt sich nicht sagen, daß der Erfolg von vornherein unmöglich ist. England nimmt zwar noch um 400 000 Menschen jährlich zu, Frankreich hat überhaupt keine Bevölkerungszunahme, beide Länder sind bald an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Es ist deshalb einleuchtend, weshalb dort der Gedanke der Rüstungsbeschränkungen Wurzel zu schlagen beginnt. Sehr bemerkenswert ist ein Artikel der „Times" vom 15. Juni d. J., in dem es heißt: „Man hat uns gesagt, daß die deutsche Flotte dazu da ist, einen britischen Angriff zurückzuweisen, aber wir wissen, daß ein derartiger Angriff aus vielen Gründen ganz undenkbar ist, vor allem, weil wir in einem Kriege mit Deutschland unsere eigene Existenz aufs Spiel setzen, während das Deutsche Reich nicht einmal seine Großmachtstellung auf dem Kontinent zu verlieren braucht." Wenn die Last der Rüstungen auch auf die Schultern der Besitzenden abgewälzt wird, wie das in England zum Teil geschieht, so wird das von der Bourgeoisie schließlich so hart empfunden, daß sie lieber diese Lasten verringert, als eine kleine Gruppe von Kapitalmagnaten gewaltig zu bereichern. Es ist eine historische Tatsache — ich wundere mich, daß sie noch in den letzten Tagen hat bestritten werden können —, daß die englische Regierung, die dabei höchstwahrscheinlich im Einverständnis mit den Franzosen handelte, den Versuch gemacht hat, durch Verhandlungen mit der deutschen Regierung auf eine Einschränkung der Rüstungen hinzuwirken. Ist das richtig, und es ist nicht zu bestreiten, dann werden auch die Kritiker meiner Ansicht zugeben, daß damit der Beweis erbracht worden ist, daß es sich hier nicht um eine Lebensbedingung des Kapitals handeln kann. Denn welche kapitalistische Regierung sollte den Lebensfaden der eigenen Bourgeoisie unterbinden wollen. Als der frühere englische Kriegsminister Haldane von der letzten Reise nach Deutschland zurückgekommen war und sein Kriegsministerportefeuille abgegeben hatte, erklärte er bei einer Rede, die er gelegentlich der Rüstungsvorlage hielt: „Wir haben in der freundlichsten Form zu der einzigen Macht, die unser Rivale ist, gesprochen und unsere Absicht dargelegt, daß, welche Anstrengungen sie auch mache, sie darauf rechnen kann, daß wir Anstrengungen machen werden, die größer sein werden als irgendeine Anstrengung, die sie macht. Wir haben auch in Berlin gesagt, daß wir das nicht mit der Absicht tun, Deutschland anzugreifen, sondern uns

nur die Vorherrschaft zur See, die uns das Leben bedeutet, zu sichern." Es ist damit also erwiesen, daß wohl Haldane in Berlin Vorschläge gemacht hat, mit dem Weiterrüsten aufzuhören. Nun gibt es Genossen unter uns, die fragen, in welcher Form die Rüstungsbeschränkung vor sich gehen soll. Ich glaube, das ist eine recht müßige Frage. Sache der Regierungen ist es, durchführbare Vorschläge zu machen, und wenn Haldane zu diesem Zweck nach Berlin geschickt worden ist, so wird er nicht ohne einen praktischen Vorschlag aufgetreten sein.

Daraus ergibt sich, daß der Vorschlag zur Begrenzung der Rüstungen, den unsere Fraktion in wirksamster Weise im Reichstag am 17. März 1910 und am 30. März 1911 gemacht und vertreten hat, richtig war (Sehr richtig!), daß unsere Fraktion das getan hat, was die Situation gebot. Ich erinnere Sie alle daran, welchen Jubel wir im letzten Wahlkampfe stets bei unseren Hörern ausgelöst haben, wenn wir ihnen erzählten, daß die sozialdemokratische Partei die einzige sei, die einen Antrag auf Einschränkung der Rüstungen gestellt habe, und eine Verständigung insbesondere zwischen England und Deutschland wolle. Die Massen haben uns verstanden, und wer auf das Gefühl der Massen so ganz besonderen Wert legt, der sollte auch in diesem Falle an ihm nicht achtlos vorübergehen. (Sehr gut!) Daß die Rüstungen an sich bereits eine schwere Kriegsgefahr in sich bergen, ist uns allen klar, und ich will nicht wiederholen, was wir alle oft genug ausgeführt haben. Der Wettbewerb auf dem Gebiete der Rüstungen muß schließlich entweder zum Weltkrieg oder zum finanziellen Zusammenbruch führen. (Sehr richtig!) Nun sagt man, auch von Ministern, zum Kriege brauche es gar nicht zu kommen, schon die bloße Entfaltung der Marine- und Militärmacht verbürge den Erfolg — eine sehr gefährliche Erklärung. Der englische Minister Churchill hat am 11. März 1912 in einer großen Rede über das Rüsten folgendes gesagt: „Die hoffnungsvolle Erklärung, die man für dieses eigentümliche Phänomen geben kann, ist, daß der Wettbewerb zur See und auf dem Lande der moderne Ersatz ist für das, was in früheren Zeitaltern wirklicher Krieg gewesen wäre; und genau so wie der Kredit in unseren Tagen die Barzahlung so stark verdrängt hat, so werden die Eifersucht und die Streitigkeiten der Nationen mehr und mehr nur durch den Besitz von Kriegsmacht entscheiden ohne die Notwendigkeit, sie tatsächlich zu gebrauchen. Wenn das wahr wäre, so könnte man vielleicht finden, daß die große Torheit des 20. Jahrhunderts ein weniger unerfreuliches Aeußere trüge. Doch können wir uns nicht der Tatsache verschließen, daß wir in einem Zeitalter beginnender Gewalttat und starker, tief wurzelnder Unruhe leben. Die Nützlichkeit eines Krieges selbst für den Sieger mag in den meisten Fällen eine Illusion sein. Sicher werden alle Kriege, welcher Art sie auch sein mögen, dem Britischen Reiche keinen irgendwie gearteten Nutzen bringen, aber wenn der Krieg selber kommt, wird er keine Illusion sein — eine einzige Kugel wird man als sehr reale Tatsache empfinden."

So bestätigt der Minister, daß wir nicht im Zeitalter der „friedlichen Expansion", der „Pénétration pacifique", sondern im Zeitalter der Gewalttaten leben, daß die Rüstungen nicht einen Ersatz der Kriege bilden, sondern daß uns Kriege selbst drohen. Wenn auch das Wettrüsten nicht eine unbedingte Notwendigkeit des Kapitalismus ist, ist nicht der Weltkrieg ein unvermeidliches Verhängnis der imperialistischen Staaten? Kein Zweifel: der Imperialismus ist nicht friedlich, er hat die Tendenz zu kriegerischen Konflikten. Aber diejenigen, die den Standpunkt vertreten, daß ein Krieg zwischen den rivalisierenden Industriestaaten ein unabwendbares Schicksal sei, verlassen den Boden, den wir als marxistisch geschulte Genossen einnehmen müssen. (Sehr richtig!) Marx und Engels haben mit Recht immer wieder davor gewarnt, daß wir einer fatalistischen Geschichtsauffassung huldigen. Gewiß dürfen wir nicht verkennen, daß der Imperialismus einen gewaltigen Charakter hat, aber die Tendenz, die beutegierigen Staaten in den Krieg miteinander hineinzuhetzen, wird durchkreuzt von anderen Tendenzen. Solche Erscheinungen sind nichts Neues, eine solche Auffassung wirtschaftlicher und politischer Prozesse ist uns geläufig. Der Kapitalismus hat sicherlich die Tendenz, das Proletariat zu verelenden, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu kürzen. Das Proletariat hat aber dieses nie als ein Fatum angesehen, mit dem es sich abfinden müsse, sondern hat durch die gewerkschaftliche und politische Bewegung jener verhängnisvollen Tendenz entgegengewirkt, und mit Erfolg. Marx nannte die Erringung des Zehnstundentages den Sieg eines Prinzips. Auch die kriegerischen Verwickelungen, die der Imperialismus aus sich erzeugt, finden ihre Hemmungen. Die kapitalistischen Gruppen der verschiedensten Länder werden vielfach international miteinander verknüpft und verflochten. Sie halten es für vorteilhafter, die Absatzgebiete der Welt unter sich zu verteilen, als aufreibende, in ihrem Ausgang unsichere und den Profit bedrohende Kämpfe zu führen. Es ist bereits auf das Beispiel des internationalen Schienensyndikats hingewiesen worden, dem die deutschen, englischen, amerikanischen, belgischen, französischen, österreichischen, ungarischen, spanischen, russischen Werke angehören. Dieses Syndikat hat unter sich den Weltmarkt aufgeteilt und den Werken eines jeden Staats ein bestimmtes Territorium zur Ausbeute überlassen. Ich erwähne in dieser Hinsicht noch, daß im vorigen Jahre in Brüssel der internationale Stahlverband aus der Taufe gehoben wurde, und Taufpaten waren Krupp, Thyssen, Schellenbrandt. Wenn die großen Magnaten der Montanindustrie hier zu einem internationalen Uebereinkommen gelangen, so vollzieht sich auf dem großen Theater der Welt dasjenige, was wir innerhalb des einzelnen Staats erlebt haben, daß die Konkurrenz, auf der die kapitalistische Produktionsweise beruht, zum Teil ausgeschaltet wird durch Kartelle, Trusts und Unternehmerverbände. Es läßt sich nicht mit einer Handbewegung die Tatsache beiseite schieben, daß im vorigen Jahre, als wir wegen des elenden Marokkos hart vor dem Kriege standen, unter denjenigen, welche für den Frieden gewirkt haben, in beiden Staaten zwei Unternehmer ersten Ranges waren, Schneider-Creuzot und Krupp, die zur Ausbeutung der Kohlenschätze in Marokko sich vereinigt hatten. Auf ein solches Zusammenarbeiten des englischen und deutschen Kapitals auf dem Weltmarkte als bestes Mittel zur Entspannung des englisch-deutschen Gegensatzes, haben vor kurzem zwei bekannte Großindustrielle in Deutschland, Stinnes und Thyssen, in der Monatsschrift „Nord und Süd" hingewiesen. Stinnes meint: „Wenn die beiden Länder es als ihre Hauptaufgabe ansehen, die übrige Welt ihrem Gewerbefleiß zahlungspflichtig zu machen, dann wird sich hoffentlich ein Zusammenstoß vermeiden lassen, der auch den Sieger über die Maßen schwächen und Mächten zum Weltübergewicht verhelfen würde, die dieses Uebergewicht sicherlich im gleichen Maße zum Nachteil Englands und Deutschlands gebrauchen würden." Und Thyssen hebt hervor, daß auf wirtschaftlichem Gebiet ein „Zusammengehen beider Völker jedem von Vorteil sein" und „jedes seine Eigenart und seine Kraft neben dem anderen entwickeln kann". Eine Aeußerung des nationalliberalen Landtagsabgeordneten vom Rath verdient in diesem Zusammenhang Beachtung. Er wendet sich in scharfen Worten gegen die Flottentreiber und erklärt: „Die Handels- und Industriekonkurrenz als Ursache eines kriegerischen Konflikts zwischen Deutschland und England ist und bleibt

eine böswillige und tendenziöse Erfindung der Flottenagitation." Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England sind in der Tat so eng und verzweigt, daß der Ausbruch eines Krieges zwischen diesen Staaten eine geradezu vernichtende Krisis mit sich bringen müßte. Haben wir doch im Jahre 1911 nach Großbritannien Waren im Werte von über 1139 Millionen Mark ausgeführt, das heißt fast 15 Proz. unserer gesamten Ausfuhr, und wir haben von Großbritannien im Jahre 1911 Waren im Werte von über 808 Millionen Mark bei uns eingeführt, das ist über 8 Proz. der gesamten Einfuhr. So bildet die wirtschaftliche Abhängigkeit ein hemmendes Moment gegenüber den Kriegshetzern.

Aber stärker als der Zusammenhalt des internationalen Kapitals ist die innerlich fest gefügte, aus dem Bewußtsein der Zusammengehörigkeit geborene Solidarität des international verbrüderten Proletariats. (Sehr richtig!) Die deutsche Sozialdemokratie hat grundsätzlich stets gestimmt gegen das Rüsten, und die englische Labour Party hat durch den Mund ihres Führers Macdonald im Juli d. J. im englischen Parlament verkündet, daß in dieser Frage die englischen Arbeiter mit den deutschen Schulter an Schulter stünden, daß sie ihren Platz an der Seite der Männer in Deutschland nehmen, die Opposition machen gegen die Flottenvermehrung. Sollte wirklich die Macht des internationalen Proletariats so gering sein, daß sie in der Wagschale für Krieg und Frieden nichts wiegt? Würden unsere Friedensdemonstrationen nichts bedeuten, dann müßten wir zu dem Resultat kommen, überhaupt keine Friedensdemonstrationen mehr zu veranstalten. (Sehr richtig!) Müßten wir erklären, daß ein Krieg zwischen England und Deutschland unabwendbar ist, daß er eine Lebensbedingung des Kapitalismus ist, der die Völker unerbittlich in den Krieg treibt, was sollen dann die Demonstrationen für den Frieden? Vergessen wir nicht, daß die Regierungen und namentlich derjenigen Staaten, in denen die Sozialdemokratie stark ist, sich große Sorgen darüber machen, wie ein künftiger Krieg aussehen wird. Den Einsatz kennt jede Regierung, was als Gewinn oder Verlust herausspringen wird, das weiß sie nicht. (Zustimmung.) Alle Militärschriftsteller sind darin einig, daß gerade der moderne Krieg ein hohes Maß von Hingebung und Begeisterung von den Soldaten erfordert. Man kann zwar die Proletarier dazu zwingen, in den Krieg zu ziehen, aber nicht dazu, mit Begeisterung und Hingabe das Kriegshandwerk auszuüben. Die Regierungen müssen sich auch Gedanken darüber machen, was aus ihnen wird, wenn der Krieg mit einem Verlust endigt. Die Sozialdemokratie hat die Bevölkerung dauernd vor dem Imperialismus und seinen furchtbaren Begleiterscheinungen gewarnt. Sollte jetzt nicht die überwältigende Mehrheit in ihr den Retter aus der Not erblicken? Sollte nicht die Stunde für die Sozialdemokratie gekommen sein, die politische Herrschaft zu gewinnen, sich an die Stelle der herrschenden Klasse zu setzen? Sollten solche Bedenken nicht auch die Staatsmänner ankränkeln und in ihren Entschließungen vorsichtig machen? Freilich, es wäre eine verderbliche Illusion, wenn wir uns auch nur einen Augenblick der Einsicht in die mit dem Imperialismus verbundenen Gefahren verschließen würden.

Alle bürgerlichen Parteien sind in den Bann des Imperialismus geraten, von dem sie für die gesamte Bourgeoisie und das Junkertum reiche Früchte erwarten. Gar bald wird ein Teil ihrer Anhänger erkennen, wie er genarrt ist. Noch hat der Imperialismus auf die Gedanken- und Gemütswelt weiter Kreise des Bürgertums Macht, die bar jedes großen Ideals sich aus ihm ein Idol zimmern, das sie anbeten, bis es zusammenbrechen wird.

Um so mehr ist es unsere Pflicht, über das Wesen des Imperialismus Klarheit zu schaffen, aber auch für die Verständigung der Völker, für wuchtige Demonstrationen zugunsten des Friedens einzutreten, soweit es in unserer Kraft liegt. Können wir auch nicht jeden Krieg verhindern, wohl aber können wir in einzelnen Fällen das Verderben aufhalten. Der Weltfriede ist und bleibt das Ideal der Proletarier aller Länder. (Bravo!)

Wir müssen die verschlungenen Pfade unserer auswärtigen Politik verfolgen, um rechtzeitig eingreifen zu können im Interesse des Proletariats. Nur kurz streifen kann ich diesen Gegenstand. Als der Krieg von 1866 geschlagen war, wollte der damalige Kaiser Wilhelm I. durchaus, daß man den Oesterreichern Teile ihres Landes, Stücke von Schlesien und Böhmen, wegnehme. Bismarck widersetzte sich entschieden, in der Erwägung, es würde stets ein Stachel in Oesterreich zurückbleiben, wenn man ihm Teile seines Landes nähme. Er drang schließlich mit Unterstützung des Kronprinzen mit seiner Ansicht durch. Diese kluge Politik ist 1870 jedoch nicht befolgt worden. Man hat nicht nur das Verbrechen, sondern auch den Fehler begangen, Elsaß-Lothringen Frankreich wegzunehmen, es zu annektieren. Dadurch ist Frankreich an die Seite von Rußland gedrängt worden, und seitdem sich der Gegensatz zwischen uns und England verschärft hat, ist aus dem Zweibund die Triple entente geworden, indem Rußland sich den beiden Ländern angeschlossen hat. Das russische System, an dem das Blut klebt, das russische Regime, das mit Galgen und Henker arbeitet, das innerlich durch und durch morsch ist, ist trotz der Niederlage im Kampfe mit dem kleinen Japan in der Weltpolitik von der größten Bedeutung geworden. Rußland ist zum Zentrum der europäischen und asiatischen Politik geworden. Kaiser Wilhelm fährt nach Baltisch-Port, der Ministerpräsident Japans, Katsura, folgt ihm, Poincaré, der Ministerpräsident Frankreichs, eilt dorthin, und alle machen vor dem Zaren ihre Verbeugung. So umworben, erhält dieses Regime eine Bedeutung, die in umgekehrtem Verhältnis zu seinem Wert steht. Offiziell ist nicht bekannt geworden, was in Baltisch-Port vereinbart worden ist. Offiziöse Zeitungen haben berichtet, daß die deutsche und russische Regierung sich über die Stellung zur Türkei und Italien einig geworden sind. Petersburger Zeitungen sprachen von einer Einigung über einen gemeinsamen Eingriff Deutschlands und Rußlands in die türkische Frage. Sicher ist das Uebereinkommen bekräftigt worden, das im November 1911 bei der Zusammenkunft der beiden Kaiser in Potsdam fortgesetzt wurde: Deutschland läßt Rußland freie Hand in Persien, wogegen Rußland sich verpflichtet, sich in keine Kombination einzulassen, die eine aggressive Spitze gegen Deutschland hat. Gleichzeitig aber bereiteten der Chef der russischen Admiralität, General Lieven, und der Generalstabschef Shilinski in Paris den Abschluß einer Marinekonvention mit Frankreich vor und versicherten die Treue Rußlands für Frankreich. Der russische Ministerpräsident Ssasanow hat seinen Besuch in London angekündigt, wo er wahrscheinlich nicht nur über die chinesische und persische Frage, sondern auch über die Aufteilung der Türkei Besprechungen mit der englischen Regierung haben wird. In der Türkei kann es jeden Augenblick lichterloh brennen. Die Serben, Bulgaren, Griechen haben sich zum gemeinsamen Vorgehen verbunden, Rußland, das die freie Durchfahrt durch die Dardanellen erzwingen will, wartet nur auf den günstigen Augenblick. Oesterreich hat durch den Minister Grafen Berchtold angemeldet, daß es auch Interessen auf dem Balkan habe: es möchte Saloniki. Italien hat seine Blicke auf Albanien gerichtet und Deutschland hat große wirtschaftliche Interessen in der Türkei. So ist die Lage eine höchst gespannte. Mit welcher Skrupellosigkeit die Eroberungspolitik betrieben

wird, hat der Amerikaner Morgan Shuster, der als Schatzmeister durch Rußland und England aus Persien herausgedrängt wurde, an dem Beispiele Persiens geschildert. „Nur die Feder eines Macaulay," schreibt er, „oder der Pinsel eines Wereschtschagin könnten den rapiden Szenenwechsel wirksam schildern, der den Niedergang dieser alten persischen Nation begleitet, und bei dem zwei mächtige und angeblich christliche Länder ein treuloses Spiel treiben mit Wahrheit, Ehre, Anstand und Gesetz. Eines von ihnen zaudert sogar nicht, die barbarischsten Grausamkeiten zu begehen, nur um zu seinen politischen Zielen zu gelangen und Persien jenseits aller Hoffnung zu stellen, sich selbst zu regenerieren." Wo ein Volk wehrlos ist, wird diese schamlose Brigantenpolitik zur höheren Ehre des Kapitals betrieben, sobald nur reiche Profite winken. Vor China, wo man nach dem chinesisch-japanischen Krieg mit der Aufteilung begann, wo wir infolge einer modernen imperialistischen Methode Kiautschou und das Hinterland nicht nahmen, sondern auf 99 Jahre pachteten, lauern wieder Japan, Rußland, Amerika und die europäischen Staaten, um, wenn die Gelegenheit günstig ist, neue Beute zu machen. Katsura hat in Petersburg die Teilung der Mandschurei und Mongolei zwischen Japan und Rußland vereinbart, während England Tibet als „Einflußsphäre" erhalten soll. Wahrscheinlich wird dieser Raub sich nicht glatt vollziehen: das chinesische Volk ist aus seinem Schlummer erwacht, es hat mit Hilfe einer Revolution die alte Regierung gestürzt. Diese Revolution wäre nicht geglückt, wenn nicht schon in China in der kurzen Zeit, seitdem es dem Verkehr erschlossen ist, sich eine Bourgeoisie herausgebildet hätte, die zur Entfaltung ihrer kapitalistischen Interessen einen modernen Staat brauchte. (Sehr richtig!)

Verkennen wir also in keiner Weise die Gefahren, die uns umdrohen, so kann das für uns nur ein Anstoß sein, unsere Kraft immer mehr zu steigern, um unter all diesen Wirren und gewalttätigen Verwickelungen doch für uns den Frieden zu erhalten. (Bravo!) Wie verhängnisvoll die Wirkung des Imperialismus im Innern ist, fühlen wir alle. Ist doch die Teuerung seine Begleiterscheinung, und ist doch die Teuerung bei uns noch verschärft durch die Schutzzollpolitik, die mächtige Förderin des Imperialismus. (Sehr richtig!) Durch den Imperialismus wächst die Macht der industriellen Scharfmacher, unserer bösartigsten Feinde, und diese industriellen Scharfmacher, die profit- und machtlüstern darauf ausgehen, immer mehr Kapital zu konzentrieren, scheuen sich nicht, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu kürzen, um ihren Aufstieg zu hindern, und jeden Fortschritt in der Sozialpolitik zu hemmen. (Sehr wahr!) Das Schutzzollsystem, das in vollster Blüte bei uns steht, hat dazu geführt, die Lebenshaltung der Arbeiter herabzudrücken, den inneren Markt zu verengern, und es hat das Verlangen gesteigert, überschüssige Waren auf den Weltmarkt zu werfen. Das Proletariat bekämpft dies Schutzzollsystem, das der Bereicherung der Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzer dient, es wird nicht ruhen, bis es gefallen und die Freiheit des Weltverkehrs gesichert ist. (Bravo!) Das Proletariat erneuert den entschlossenen Willen, alles daran zu setzen, daß der Weltkrieg vermieden wird. Das Proletariat wird zu diesem Zwecke die internationalen Beziehungen von Arbeitern zu Arbeitern pflegen und die Macht des internationalen Proletariats verstärken. Unser Ziel ist nur zu erreichen, wenn wir unsere politischen und wirtschaftlichen Organisationen noch machtvoller ausbauen, wenn wir niemals ermüden, neue Scharen für unsere große Sache zu gewinnen. Wird Kriegsgefahr, wird Ausbeutung der Massen auch erst aus der Welt geschafft mit dem Kapitalismus selbst, so erkennen wir es doch als unsere Aufgabe, schon jetzt seine verheerenden Wirkungen herabzumindern.

Der Imperialismus treibt das kapitalistische System zur höchsten Stufenleiter, es wird reif, einem anderen Platz zu machen, dem sozialistischen. Das Proletariat ist als sein Erbe berufen, und es wird die Erbschaft antreten in dem sicheren Gefühl, daß unter dem Banner des herangereiften, aufwärts gerichteten Proletariats gedeihen werden Friede, Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlfahrt aller Völker! (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Dr. Lensch-Leipzig: Zunächst möchte ich hier einen Wunsch aussprechen. Ich halte es für sehr angebracht, wenn in Zukunft derartige Resolutionen, wie sie uns hier über den Imperialismus unterbreitet ist, schon vier Wochen vor dem Parteitage bekanntgegeben werden. Die Parteipresse ist sonst nicht in der Lage, sich mit genügender Ausführlichkeit über die zur Debatte stehenden Fragen zu äußern. Und speziell bei einer so wichtigen Frage wie der des Imperialismus, die ich für die bei weitem bedeutendste des ganzen Parteitages halte, ist eine ausführliche Diskussion in der Parteipresse absolut notwendig; nur dadurch können wir die Bedeutung des vorliegenden Problems den arbeitenden Massen klarmachen. (Sehr wahr!) Sodann gebe ich meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß zwei so hervorragende Parteimitglieder wie die Genossen Kautsky und Rosa Luxemburg diesmal wegen Krankheit nicht unter uns sind. Sie sind die Berufenjten, in dieser Frage mitzureden, und wir alle hätten gern gewünscht, wenn sie in der Lage gewesen wären, durch Teilnahme an der Debatte unseren Gedankenaustausch zu befruchten und anzuregen zum Wohle der Partei. (Bravo!) Ich persönlich bedauere besonders das Fehlen des Genossen Kautsky. Einem Teile von Ihnen ist es vielleicht nicht entgangen, daß ich über das Thema des Imperialismus eine Debatte in der „Neuen Zeit" gepflogen habe. Da der Genosse Kautsky nicht hier sein kann, halte ich es für eine selbstverständliche Pflicht der Loyalität, auf diese Debatte mit keinem Worte zurückzukommen.

Trotzdem ich mannigfache Bedenken gegen die vorgeschlagene Resolution habe, so muß ich doch darauf verzichten, eine eigene Resolution einzubringen, da die mir zur Verfügung stehende Redezeit es unmöglich macht, meine Bedenken mit genügender Ausführlichkeit zu entwickeln, weil ich zweitens die Parteipresse für den geeigneten Ort zur Diskussion derartiger Themen halte und weil ich drittens fest davon überzeugt bin, daß es sich hier nur um den Anfang der imperialistischen Debatte handeln kann, daß die kommenden Jahre uns noch häufig genug zwingen werden, dieses Problem zu erörtern. Meine Hauptbedenken beziehen sich auf den Passus der Resolution, der von der Rüstungseinschränkung handelt. Und zwar nicht etwa so sehr deshalb, weil er vielleicht die Reichstagsfraktion zu einem mehr oder weniger falschen Schritt oder Antrag verleiten könnte — wegen eines einmal unglücklich formulierten Antrages lohnte es sich wirklich nicht, viel Worte zu verlieren —, sondern vielmehr deshalb, weil gerade bei der Frage der Abrüstung die Differenz unserer Anschauungen über die imperialistische Entwickelung am deutlichsten zum Ausdruck kommt. Um keinen Irrtum aufkommen zu lassen, halte ich ein vorübergehendes Abkommen zweier kapitalistischer Staaten über Fragen der Rüstungspolitik keineswegs für ausgeschlossen, im Gegenteil: ich habe diese Möglichkeit stets betont. Aber das ist ganz etwas anderes, als was die Resolution verlangt, und was seinerzeit auch die Reichstagsfraktion beantragt hatte. Da ist die Rede von einer „internationalen Verständigung über die allgemeine Einschränkung der Rüstungen". Und das allerdings halte ich nach wie vor für eine Utopie. Parteigenossen! Wie ist es denn zu der internationalen „Aufrüstung" gekommen, deren Zeugen wir seit zirka 10 Jahren sind? Liegt hier wirklich nur ein internationales Mißverständnis vor, das man durch eine inter-

nationale Verständigung beseitigen könnte? Das hieße mit anderen Worten, die Weltgeschichte habe gewissermaßen einen Fehler gemacht; der Kapitalismus sei auch ohne Gewaltanwendung, ohne Kolonien und Flotte ebenfalls durchführbar. Gewiß ist er das. Aber im luftleeren Raum! In der Phantasie, auf dem Papier ist vielleicht ein Kapitalismus ohne Gewaltsamkeit denkbar. Aber wir haben es doch mit dem wirklichen Kapitalismus hier auf Erden zu tun. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, der Weltgeschichte die Hefte zu korrigieren und ihr zu sagen: Liebe Weltgeschichte, hier hast du deine Arbeit wieder! Sie wimmelt voller Fehler. Ich habe sie dir alle rot angestrichen. In Zukunft erwarte ich eine bessere Arbeit von dir! (Heiterkeit.) So geht's doch nicht! Wir haben den Kapitalismus zu fassen, wie er ist, und da müssen wir zugeben, daß das Wettrüsten mit Naturnotwendigkeit aus den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen erwachsen ist. Der Imperialismus hat, begünstigt durch den Schutzzoll, auf dem inneren Markte die freie Konkurrenz ausgeschaltet und durch das Monopol ersetzt — und damit nebenbei gesagt die wirtschaftliche Grundlage des Liberalismus zertrümmert! Ein Moment von großer politischer Wichtigkeit! — aber nur, um auf dem äußeren Markte die freie Konkurrenz um so mehr zu entfesseln. Der Kampf um den Weltmarkt hat heute das internationale Wettrüsten zu seiner notwendigen Begleiterscheinung. Das eine ist ohne das andere nicht denkbar. Der Krieg ist die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln, sagt Clausewitz. Ebenso ist das internationale Wettrüsten die Fortführung der internationalen Konkurrenz mit anderen Mitteln. Daß ein Krieg unter allen Umständen und absolut unvermeidbar sei, habe ich niemals behauptet. Das ist bisher auch immer die Auffassung der Sozialdemokratie gewesen. Ich könnte Ihnen dafür aus unserer Literatur Dutzende von Nachweisen bringen. Ich will es mir aus Zeitrücksichten versagen. Nun hat man gesagt: Die imperialistische Entwickelung treibt freilich zum Weltkriege, aber sie zeitigt auch starke Gegentendenzen. Und es ist unsere Aufgabe, diese Gegentendenzen zu unterstützen. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß von diesen Gegentendenzen in der Resolution nichts enthalten ist. Dort steht im Gegenteil der Satz: Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Heer und Marine. Diese Stelle gefällt mir am besten in der Resolution. Man kann sogar von einer stark zunehmenden imperialistischen Verseuchung der bürgerlichen Klassen sprechen. In allen Staaten der Welt steigen die Ausgaben für das Wettrüsten, aber der Widerspruch gegen diese steigenden Lasten ist innerhalb der bürgerlichen Parteien immer geringer geworden und ist jetzt ganz verstummt. Lediglich innerhalb des Proletariats ist er stets gestiegen. Und das gibt uns einen Fingerzeig, wie wir die „Gegentendenzen" gegen das Wettrüsten zu bewerten haben. Diese Gegentendenzen gegen den Imperialismus sind nichts anderes wie die Gegentendenzen gegen den gesamten Kapitalismus: nämlich der Sozialismus! Die Sozialdemokratie! Diese Gegentendenzen sind in ihrem Wesen revolutionär, sie führen über die bestehende Gesellschaftsordnung hinaus. In ihren Dienst haben wir uns zu stellen! Doch diese Gegentendenzen wissen von Abrüstung nichts.

Daneben gibt es freilich noch andere reaktionäre Gegentendenzen, und auf diese beruft man sich jetzt zugunsten der Abrüstung. Wo stecken diese Gegentendenzen? In erster Linie, so sagt man, bei der englischen Regierung. Man hat ein großes Wesen davon gemacht, daß die englische Regierung mit Andeutungen über Abrüstungen hervorgetreten ist, und unter Berufung auf diese Andeutungen ist unsere Fraktion im Jahre 1909 vorgegangen. Selbstredend mußte unsere Fraktion diese englischen Abrüstungswünsche und ihre glatte Ablehnung durch die deutsche Regierung agitatorisch ausnützen. Aber nicht

dadurch, daß sie selber sich den englischen Vorschlag zu eigen machte — ergänzt durch einen Antrag über die Abschaffung des Seebeuterechts —, sondern daß sie diesen Antrag Englands als einen Beweis für die totale Ratlosigkeit der kapitalistischen Staaten nachwies, die zwar die Unerträglichkeit des Wettrüstens und die furchtbaren Gefahren klar erkennen, denen sie damit entgegengehen — Lloyd George sprach von der drohenden Rebellion der englischen Arbeiter — und trotzdem keinen anderen Ausweg aus dieser Sackgasse sehen, als eben eine blutleere Utopie. (Sehr gut!) Daß es gerade die englische Regierung ist, die mit solchen Abrüstungsvorschlägen vortrat, erklärt sich aus der geschichtlichen und wirtschaftlichen Situation. Die englische Bourgeoisie sieht sich durch die imperialistische Konkurrenz in ihrer bisherigen Sicherheit bedroht. Sie befindet sich immer mehr im Uebergang zum Rentnerstaat — siehe Sartorius v. Waltershausen — und hat wie alle Rentiers nur den einen Wunsch: ach, wenn es doch immer so bliebe! Sie muß aber zu ihrem Schmerze bemerken, wie die anderen kapitalistischen Staaten ihr immer mehr an die Seite kommen, selbst ihre bisherige absolute Ueberlegenheit zur See wird erschüttert durch das Wettrüsten. In dieser Situation kommt sie auf den Einfall: wie herrlich wäre es doch, wenn wir die anderen Staaten zur Einstellung der Rüstungen überreden könnten. Dann wäre unsere Ueberlegenheit zur See für alle Ewigkeit gesichert! Daß da die anderen nicht mitmachen, ist klar. Hier sehen Sie deutlich nicht nur den utopistischen, sondern auch den reaktionären Pferdefuß! Die englische Bourgeoisie will die geschichtliche Entwickelung an den Rockschößen packen und sie rückwärts in die Vergangenheit reißen, will die bestehenden Verhältnisse verewigen. Wir dagegen bekämpfen die imperialistische Entwickelung von vorn, indem wir sie über sich selber hinauszutreiben suchen. Die durch das Wettrüsten allmählich herbeigeführte Erschütterung der englischen Seeherrschaft ist nur eine notwendige Konsequenz der bereits unleugbar eingetretenen Erschütterung der englischen Industrieherrschaft. Wie die englische Bourgeoisie seinerzeit durch den Freihandel den vergeblichen Versuch machte, die anderen Staaten für alle Zeiten in dem Zustand der Agrarierwirtschaft festzuhalten und England als den eigentlichen Industriestaat der Welt zu verewigen, so versucht es jetzt ebenso vergeblich, durch die Idee der Abrüstung die anderen kapitalistischen Staaten, und namentlich einen so starken, jungen, kräftigen, kapitalistischen Staat wie das Deutsche Reich zur dauernden Unterlegenheit zur See zu verurteilen und England für alle Zeiten als die Herrin der Meere zu etablieren. Der internationale Sozialismus hat jedoch nicht die geringste Ursache, diese dauernde Oberherrschaft eines kapitalistischen Staates über alle anderen mit verewigen zu helfen. Dadurch würden nur die Bedingungen des Sieges für den Sozialismus künstlich erschwert und verlangsamt. Denken Sie an die Worte, in denen seinerzeit Friedrich Engels die große Bedeutung hervorhob, die die Erschütterung des englischen Industriemonopols für die Ausbreitung des Sozialismus in England habe. Er führte aus: „Solange Englands Industriemonopol dauerte, hat die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grade teilgenommen an den Vorteilen dieses Monopols. Diese Vorteile wurden sehr ungleich unter sie verteilt; die privilegierte Minderheit sackte den größten Teil ein, aber selbst die große Masse hatte dann und wann vorübergehend ihr Teil. Und das ist der Grund, weshalb seit dem Aussterben des Owenismus es in England keinen Sozialismus gegeben hat. Mit dem Zusammenbruch des Monopols wird die englische Arbeiterklasse diese bevorrechtete Stellung verlieren. Sie wird sich allgemein — die bevorrechtete und leitende Minderheit nicht ausgeschlossen — eines Tages auf das gleiche Niveau gebracht sehen, wie die Arbeiter des Auslandes. Und das ist der Grund, warum es in England wieder Sozialismus geben wird." Ein sehr gewichtiges Mittel aber,

um diese überragende Stellung England auf dem Weltmarkt zu konservieren, ist die absolute Ueberlegenheit seiner Flotte, mit der es seine weltpolitische und damit auch wirtschaftliche Herrschaft stützt und stärkt. Selbstverständlich ist uns der Weg, auf dem innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft diese Seeherrschaft Englands zermürbt wird, eben das furchtbare Wettrüsten, im höchsten Maße zuwider, und es ist unsere selbstverständliche Pflicht, ihm mit aller Macht zu widerstreben. Aber innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft werden ja fast alle Fortschritte auf einem uns unerwünschten Wege durchgesetzt. Die gewaltigste Leistung, die der Kapitalismus überhaupt geschaffen hat, die märchenhafte Hebung der Produktivkraft der Arbeit, ohne die die Organisation einer sozialistischen Gesellschaftsordnung absolut undenkbar sein würde (Sehr richtig!), geht vor sich unter Opferung von Hunderttausenden, unter Elend und Not der Massen, der wir so gut wir können, entgegenzuwirken suchen, ohne deshalb zu verkennen, daß dieser über Leichen führende Weg des Kapitalismus schließlich doch im Sozialismus einmündet. So hat auch das uns höchst unangenehme Anschwellen der Heere zu den modernen Riesenheeren für uns das eine Gute, daß es immer mehr alle Wehrfähigen umfaßt und dadurch alle revolutionären Elemente in dieses Bollwerk des Feindes führt. (Sehr gut!) Der Kapitalismus muß eben, ob er will oder nicht, am letzten Ende doch für uns arbeiten, selbst da, wo er anscheinend nur und ausschließlich die Interessen der Menschheit zu zertreten scheint, selbst beim Wettrüsten. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Noske: Der Redner hat bis jetzt 23 statt 10 Minuten gesprochen. Soll er die Redezeit eines Korreferenten erhalten oder will der Parteitag die Redezeit zu diesem Punkte überhaupt ausdehnen? Was dem einen Diskussionsredner recht ist, ist dem andern billig. (Zustimmung.)

Schöpflin (zur Geschäftsordnung): Bei der großen Bedeutung dieser Frage möchte ich bitten, dem Diskussionsredner eine halbstündige Redezeit zu gewähren.

Ledebour: Ich erkenne durchaus an, daß es auch im Interesse unserer Auseinandersetzung liegt, daß Lensch seine Redezeit überschritten hat, und daß es wünschenswert ist, ihn eine halbe Stunde sprechen zu lassen. Ich beantrage dies. Wir können das aber nicht für alle Redner bestimmen. Ich bin ganz vorurteilslos, weil auch ich gemeldet bin und gegen Lensch reden wollte. Er vertritt einen Standpunkt, den er und einige Genossen isoliert einnehmen, einen Standpunkt, der nach ihrer Auffassung neu ist und deshalb können wir ruhig dem Genossen Lensch gewissermaßen als Hauptvertreter dieser Richtung 30 Minuten Redezeit gewähren, allen anderen Diskussionsrednern jedoch nur zehn Minuten.

Schöpflin zieht seinen Antrag zugunsten des Antrages Ledebour zurück.

Dr. Lensch (fortfahrend): Das Wettrüsten schafft dadurch, daß es den letzten waffenfähigen Mann zum Dienst preßt, die materielle Voraussetzung für unsere Programmforderung der Miliz. Wenn die Abrüstung durchführbar wäre, würde sie zu dem schroffsten Gegensatz der Miliz, zur Prätorianertruppe, führen. In diesem Punkt haben wir also keinen Anlaß, dem Rad der geschichtlichen Entwickelung in die Speichen zu fallen. Das Reich muß uns doch werden! Auf diese kurzen Andeutungen will ich mich beschränken. In unserm Kampfe gegen den Imperialismus, bei dem wir das Wettrüsten nicht als isolierte Erscheinung aufzufassen haben, haben wir keine besonderen Mittel, sondern nur die große aber einfache Parole: Agitieren und Organisieren! Sagen wir den Massen, daß der Imperialismus das letzte Wort der bestehenden Gesellschaft ist, daß er alle Springquellen der sozialen Revolution erschließt! Dadurch, daß er den ganzen Erdkreis seiner Herrschaft unterwirft, greift er die letzten Reservoire

an, aus denen ihm Lebenskräfte quellen, und verschüttet er die Kanäle, in die er seine gewaltig gesteigerten Produktivkräfte ergießen kann. Im Inlande selber aber treibt er alle Gegensätze auf die Spitze, während die Tische der Kapitalmagnaten unterm Golde sich biegen, geht durch die Gassen des arbeitenden Volkes das Gespenst der Hungersnot. Der Klassenkampf verschärft sich zusehends, und in den modernen Riesenkämpfen der Gewerkschaften stehen die organisierten Klassen einander so nahe gegenüber, daß man das Weiße im Auge des Klassengegners sieht. Wir gehen einer Zeit großer Massenkämpfe und schwerster Konflikte entgegen, die die höchsten Anforderungen an die Einsicht und die Tatkraft der proletarischen Organisationen stellen. Auf diese Kämpfe gilt es sich zu rüsten. Bauen wir, da bin ich mit Haases Schlußfolgerungen völlig einverstanden, unsere Organisation aus, unsere politische Aufklärung, rüsten wir uns, denn — bereit sein ist alles! (Lebhafter Beifall.)

Eduard Bernstein: Ich habe mich vornehmlich deshalb zum Worte gemeldet, weil ich Ihnen empfehlen möchte, die Resolution nicht nur anzunehmen, sondern auch in besonders eindrucksvoller Weise als eine Kundgebung der deutschen Sozialdemokratie zu akklamieren. Darin sind wir ja alle einig, die Frage des Imperialismus ist diejenige Frage unserer Zeit, die den Brennpunkt der gegenwärtigen politischen Kämpfe bildet und die Scheidung der Parteien manifestiert. Hier liegen in der Tat die Trennungslinien für die Politiker, wie sie sich zur Frage des Imperialismus und der damit verbundenen Frage der ungeheuren Rüstungen stellen. Es war für mich sehr bezeichnend, als ich vor einiger Zeit in der Budgetkommission des Reichstages gegen die Flottenvorlage zu sprechen hatte, daß ein Redner der uns immerhin noch von allen Parteien am nächsten stehenden Partei, und unzweifelhaft einer ihrer besten und uns sympathischsten Vertreter, nach mir sagte (Ledebour: Wer ist das? Gothein?): Was Herr Bernstein gesagt hat, unterschreibe ich von A bis Z, aber wir bewilligen die Flotte und müssen sie bewilligen als ein Gebot der Notwendigkeit. Und ich glaube, bei diesem Manne, der so viele Zeichen seiner Unabhängigkeit gegeben hat, war es keine Phrase, sondern innere Ueberzeugung. Aber warum soll es eine Notwendigkeit sein, diese Rüstungen endlos fortzusetzen? Liegt nicht in dieser Erklärung eine Bankrotterklärung der heutigen Gesellschaft, wenn ihre Vertreter sich für machtlos erklären gegenüber den maßlosen Rüstungen, dieser Schraube ohne Ende. Man gibt aber der gleichen Ansicht Ausdruck, wenn man, wie eben geschehen, sagt, auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft sei in der Tat hier eine absolute Notwendigkeit. Warum soll aber eine solche Notwendigkeit vorliegen? Gewiß, wir haben einen heftigen Expansionsdrang kapitalistischer Verbindungen vor uns, wie Haase in großartiger Weise mit eindrucksvollen Ziffern uns vorgeführt hat. Aber diese Entwickelung hat auch ihre Kehrseite, die sich nicht nur bei den arbeitenden Klassen, sondern auch dem Bürgertum durchaus drückend fühlbar macht. Wir stehen heute in der Teuerungsperiode. Man sagt, es sei eine internationale Erscheinung, aber sie ist nicht zum geringsten Teil gerade durch diese kapitalistische Expansion hervorgerufen und gefördert worden. (Sehr richtig!) Diese Expansion stellt eine unendliche Verschleuderung von Produktionsmitteln dar. Nicht nur die Lebensmittel werden verteuert, auch Produkte, welche die Grundlage der modernen kapitalistischen Industrie sind: das Eisen, die Metalle. Wir hören viel von der Prosperität der Montanindustrie, sie ist aber nicht zum geringen Teil Folge davon, daß heut ungeheuer viel Metall verschleudert wird in den maßlosen Rüstungen und in Eisenbahnbauten, die sich eines Tages vielleicht lohnen werden, deren Umfang aber heute maßlos übertrieben wird. Es prosperieren einige Industrien auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung. Ich erinnere hier an den Artikel im letzten Jahrgang

des „Nautikus", der vorrechnet, wieviel Industrien der Militarismus und der Marinismus in Bewegung setzen. Scheinbar richtig. Aber die von Despoten veranstaltete Errichtung von Pyramiden im alten Aegypten hatte auch jedesmal Massen von Arbeit in Bewegung gesetzt, das Volk jedoch ist dabei verelendet und nicht zur Entwickelung gekommen. (Sehr richtig!) Es gibt neben den Montanindustrien Industrien, die ganz andere Massen beschäftigen, denken Sie an Chemnitz und Umgegend mit seiner Textilindustrie. Denen nützt es wenig, wenn unentwickelte Länder besetzt werden in Afrika und sonstwo, wo die Bevölkerung noch lange nicht soweit ist, ihre Produkte aufzunehmen. Diesen Industrien schadet es aber, wenn die Lebensmittel verteuert werden und die Steuereinnahmen des Volkes zu allen möglichen Rüstungszwecken verwendet werden. Gewiß gibt es zwischen den großen Nationen allerhand Probleme, spielen Streitigkeiten, Interessenkonflikte heute mehr wie in früherer Zeit. Man soll aber nicht sagen, daß sie nicht auch auf andere Weise geschlichtet werden können, als durch Rüstungen und Krieg. Viele Streitfragen sind schon anders geschlichtet worden. Wir müßten ja sonst alle Tage Krieg haben. Auch die heute betonten Streitfragen sind lösbar, wären leicht lösbar, wenn wir internationale Schiedsgerichte hätten. Wenn ich eins vermisse in der Resolution des Genossen Haase, so ist es der Hinweis auf die internationalen Schiedsgerichte. Aber Resolutionen können ja nicht erschöpfend sein. Das Referat wird uns hoffentlich als Broschüre übergeben werden. Was heute notwendig ist, ist ein scharfer Protest gegen die Rüstungen und eine Bekräftigung der Internationalität der Arbeiterinteressen. Und nicht nur der Interessen der Arbeiter, sondern der großen Massen der Angehörigen aller Kulturnationen, ein Protest gegen die Schutzzöllnerei, eine Manifestation für Frieden und Freiheit und freien Austausch zwischen den Nationen. Dabei werden wir die Entwickelung auf unserer Seite haben. Parteien, die nicht dafür eintreten, sind entweder reaktionär, verblendet oder durch Halbheit schwach.

Ich möchte nicht gern in diese Debatte Polemik hineinbringen, aber es ist unmöglich, auf die Ausführungen des Genossen Lensch zu schweigen. Es scheint plausibel zu sein, was er sagt, aber es hinkt doch im höchsten Grade, und es wird in manchen Ausführungen gerade von denen willkommen geheißen werden, denen Lensch gewiß nicht dienen wollte, den Leuten von der „Post" und Konsorten. (Sehr richtig!) Ich bedauere, daß er die Abrüstungsvorschläge Englands so ausschließlich auf egoistische Interessen der englischen Bourgeoisie zurückführt. Vergessen Sie doch nicht, daß Campbell Bannerman, der, als er an die Regierung kam, den ersten Schritt tat, um mit Deutschland eine Verständigung zu suchen, derselbe Mann ist, als England den Burenkrieg führte, einer der wenigen war, die es wagten, entschieden dagegen zu protestieren, und dessen Regierung es war, die den Buren die Selbstregierung zurückgegeben hat. Ueber die alten Freihandelsleute und ihre Fehler sind wir uns klar, aber es steht mit ihnen doch anders, als Lensch behauptet hat. Ich nenne nur Richard Cobden. Dem hielt man einmal in einer Versammlung entgegen, wenn der Freihandel durchgehe, dann werde England abhängig vom Auslande. Und was erwiderte er darauf: Jawohl, das ist ja gerade das Gute! Er hat viel internationaler gedacht, als man heute weiß, er war ein wirklicher Friedensmann. In der Zeit des Krimkrieges war er mit Bright ein Vorkämpfer gegen den Krieg und hielt große Protestversammlungen gegen ihn ab. Zu jener Zeit hat Marx, er war ja noch jung damals, sich über ihn lustig gemacht. Aber es vergingen nur wenige Jahre, da erkannte Marx es als ein Interesse, daß Bright und Cobden als Sieger aus dem Wahlkampf hervorgingen. Sie standen mannhaft auf der Seite derer, die gegen die geplante Verfolgung französischer Flüchtlinge pro-

testierten. Sie waren immer dort, wo es galt, für Volksrechte und internationale Freiheit einzutreten.

Deutschland ist ein Industriestaat geworden, ehe es Kolonien hatte. Seine Industrie hat sich machtvoll entwickelt, ehe es seine große Kriegsflotte gebaut, sein Geld in immer größere Rüstungen hineingesteckt hat. Ich könnte viel antworten auf die Behauptung, daß das, was wir heute verlangen, nämlich die Abrüstung, Utopie und reaktionär sei. Das ist es nicht. Wir schwächen unseren Kampf, wenn wir den bürgerlichen Klassen zugeben, daß Militarismus und Marinismus notwendig seien. Die Weltgeschichte ist oft auf falschem Wege gewesen, die Völker haben oft unter politischen Selbsttäuschungen gelitten, ganze Kulturen sind daran zugrunde gegangen. Wir wollen, daß die organisierte Gesellschaft bewußt eingreift, nicht nur in dem Produktionsprozeß, sondern auch in den Prozeß der internationalen Gegensätze. Wir halten hoch die Menschlichkeitsziele, die dem größten Reformer aller Zeiten vorgeschwebt haben. Wir treten ein für die Worte des Begründers des Christentums, die von seinen Nachfolgern im Stiche gelassen werden, wie von einem Mathias Erzberger, der heute einer der schlimmsten Hetzer des Militarismus ist, für die Losungsworte, die das Zentrum verraten hat: Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! Wir dürfen nicht rasten und ruhen und müssen dafür sorgen, daß die Gesellschaft sich ungehemmt fortentwickelt zur Wohlfahrt im Interesse aller, zur Gleichheit des Rechts der Nationen durch internationale Verständigung und Abrüstung. Wenigstens die Arbeiterschaft Deutschlands wie die anderer Kulturländer, ist entschlossen, keinen Schritt unversucht zu lassen, um für dieses Ziel zu wirken und zu kämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Pannekoek-Bremen: Es kann sich natürlich in dieser Diskussion nur um eine erste Aussprache handeln, damit die Differenzpunkte festgestellt werden und zugleich das Interesse in weiten Kreisen geweckt wird. Nur einige Hauptpunkte will ich deshalb erörtern, auch um falsche Auffassungen aus dem Wege zu räumen. Wir betrachten den Imperialismus als eine notwendige, oder besser noch unvermeidliche Entwickelungsform des Kapitalismus, nicht etwa in dem Sinne, daß nicht etwas anderes denkbar oder zu konstruieren wäre, sondern in dem Sinne, daß dieser Weg tatsächlich eingeschlagen wird. Man kann nachweisen, daß die Interessen weiter Kreise, auch der Bourgeoisie durch den Imperialismus geschädigt werden. Aber es ist eine Tatsache, daß die ganze Bourgeoisie für diese Politik eintritt. Wir behaupten nicht, daß die imperialistische Politik in dem Sinne notwendig ist, daß sonst ein Zusammenbruch, Krise und Arbeitslosigkeit eintreten würden. Haase führte die Rüstungsindustrie an, in der bei einer Abrüstung Arbeitslosigkeit entstehen würde, daß das für uns aber nicht maßgebend sein könne. Derartiges ist uns nie eingefallen. Wir haben nicht nur das Rüstungskapital zu bekämpfen. Der Kreis der unmittelbaren Interessenten ist viel größer. Das ganze Großkapital und Finanzkapital hat ein Interesse an der imperialistischen Politik und dadurch an dem Wettrüsten. Der Imperialismus ist also nicht eine einfache Interessenpolitik der Bourgeoisie, er ist vielmehr eine Gedankenrichtung, eine Ideologie. Eine Interessenpolitik ist er nur für das Großkapital. Die Masse der Bourgeoisie läßt sich durch sehr viele Gründe materieller und ideeller Natur ins Schlepptau nehmen. Man redet oft über den Imperialismus als eine Art Geistesverwirrung der Bourgeoisie. Bernstein spricht in der Parteitagsnummer der „Chemnitzer Volksstimme" von einer geistigen Epidemie. Aber wir können doch nicht so unmarxistisch denken, als liege hier ein Zufall vor, in der Literatur werden auch die vielen Fäden bloßgelegt, durch die jede bürgerliche Gruppe mit dieser Politik verbunden ist. Deshalb halten wir es für utopistisch, auf

eine Umkehr auf diesem Wege zu rechnen. Man hält uns da den englischen Vorschlag entgegen. England hatte vor dem Wettrüsten gleichsam ein imperialistisches Monopol. Durch das Wettrüsten konnte es nur verlieren. (Bernstein: Ohne Abrüstung noch mehr!) Es war selbstverständlich, daß England einen Abrüstungsvorschlag machte, aber ebenso selbstverständlich war es auch, daß die deutsche Regierung nicht darauf einging. (Hört! hört!) Natürlich vom Standpunkt des Großkapitals. Vom Standpunkt des Proletariats ist es geradezu umgekehrt. Unsere Fraktion vertritt ja durch Ablehnung des Budgets und durch ihr Auftreten bei jeder Militärvorlage diesen Standpunkt. Will sie aber in der Weise vorgehen, daß sie fordert, die deutsche Regierung soll auf den Vorschlag der englischen Regierung eingehen, dann muß man sagen, daß das nicht zu erreichen ist. Die herrschende Klasse kann diesen Weg nicht einschlagen, weil sie eine Ausbeuterklasse ist, weil Beutepolitik und Gewalttätigkeit zu ihrem inneren Wesen gehören. Dabei wollen die verschiedenen Mächte so stark wie möglich dastehen. Bei allen ihren Streitigkeiten entscheidet nur die Macht. Auch wenn es nicht zum Kriege kommt, ist die Rüstung für das Großkapital nicht zwecklos. Denn man kann die Konkurrenzen, die anderen Weltmächte, zu Zugeständnissen zwingen. Deshalb wird mit Eifer gerüstet. Haase wies darauf hin, wie die Kapitalmagnaten sich schon international organisieren. Aber er fügt hinzu, daß dadurch die Kriege nicht aus der Welt geschafft werden. Wenn das so ist, und die Kapitalisten wissen, daß die Kriege unvermeidlich sind, dann wird auch das Wettrüsten nicht aus der Welt gehen. (Haase: Wettrüsten und Abrüsten ist nicht dasselbe!) Unser Standpunkt hat also nichts mit einer Rechtfertigung dieser Politik zu tun. Wir betonen nur ihre Unvermeidlichkeit, um danach unseren Kampf gegen den Imperialismus einzurichten. Wir wollen diese gemeingefährliche gewalttätige Form des Kapitalismus auf das allerschärfste bekämpfen. Aber nicht dadurch, daß wir versuchen, den Kapitalismus zur früheren Form zurückzuführen. Das ist unmöglich. Nur einen Weg gibt es: über den Imperialismus hinaus zum Sozialismus. Nun wird gesagt: müssen wir denn die Volksmassen, die infolge des Rüstens durch Steuern schwer bedrückt werden, einfach auf den Zukunftsstaat vertrösten? Das geht doch nicht! Nehmen wir zur Vergleichung den Fall, daß plötzlich Hafenarbeiter bedroht werden durch die Einführung von Maschinen, von Getreideelevatoren, wodurch Tausende aufs Pflaster geworfen werden. Da kommt der Gedanke: Können wir nicht mit unserer gewerkschaftlichen Macht dagegen ankämpfen? Aber der Sozialdemokrat wird zu ihnen sagen: es geht nicht, gegen diese Entwickelung können wir nicht ankämpfen; sorgt, daß die Maschinen in Eure Hände kommen. (Hört! hört! und Widerspruch.) Das wäre eine ähnliche Vertröstung auf die Zukunft. Aber es ist gar nicht wahr, daß unser Standpunkt bedeutet, daß wir jetzt gegen den Imperialismus nicht ankämpfen können und wir auf den Zukunftsstaat vertrösten. Die Arbeiterklasse kann praktisch gegen den Imperialismus kämpfen, sie muß es tun, und dieser Kampf ist zugleich ein Kampf für den Sozialismus. Ein Beispiel bietet der Kampf gegen die Teuerung. Sie ist eine imperialistische Erscheinung; die Goldproduktion der Kartelle, die Zölle, die Grenzsperre, die Reaktion im Innern und die Unternehmerverbände, sie alle bewirken, daß die Teuerung so schwer drückt. Sie treibt die Massen zur Empörung und revolutioniert die Köpfe. Sie treibt aber auch die Massen auf die Straße, wie am letzten Sonntag in Stuttgart. Unter der Losung: Zusammentritt des Reichstages, Oeffnung der Grenzen! werden die Massen unvermeidlich zu immer gewaltigeren Demonstrationen schreiten, bis das Ziel erreicht ist. Diese Massenaktion ist zugleich ein Kampf für ein augenblickliches Ziel, die Linderung der Not, und ein Kampf für den Sozialismus, weil die Macht, die Zuversicht, die Geschlossenheit der Massen durch diese Aktion vermehrt wird. Aehnlich steht es mit dem Kampf gegen die innere Reaktion; in dem Kampf um das preußische Wahlrecht bilden die Massenaktionen eine Hauptwaffe. Auch die Kriegsgefahr wird unvermeidlich mit sich bringen, daß die Arbeiterschaft auftreten muß, um den Krieg zu vermindern, und Massenaktionen werden darin eine große Rolle spielen. Unser Standpunkt gegenüber dem Imperialismus bedeutet also einen sehr entschiedenen Kampf, der unablässig geführt wird, fortwährend im Parlament, aber zu bestimmten Zeiten auch durch Aktionen der Massen selbst. Wir betonen also, daß im Kampfe gegen den Imperialismus die Arbeiter nicht in erster Linie mit etwaigen dem Imperialismus entgegenstrebenden Tendenzen der bürgerlichen Welt, sondern nur auf sich selbst zu rechnen haben. Und in sich selbst wird sie die Kraft finden, ihn zu besiegen. (Beifall.)

Darauf trat die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Noske** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr.

In der fortgesetzten Debatte über den Imperialismus erhält zunächst das Wort

Grumbach-Colmar: Ich will zuerst feststellen, daß der Parteitag heute morgen den parlamentarischen Bericht gutgeheißen hat und daß darin unsere Stellung zur Abrüstung festgelegt ist durch den Satz: „Eine Einschränkung der Rüstungen durch Vereinbarungen ist möglich und durchführbar". Angesichts der Argumente, die in letzter Zeit auf der einen Seite von Pannekoek und Lensch, auf der anderen Seite von Kautsky vorgebracht wurden, haben wir uns zu fragen: Sind in dem internationalen kapitalistischen Leben Tendenzen vorhanden, die unsere Friedensbestrebungen unterstützen können? Und wenn wir darauf mit Ja antworten, dann müssen wir sagen, es ist unsere Pflicht, diese Tendenzen zu unterstützen, selbst wenn sich auf der anderen Seite Gegentendenzen bemerkbar machen, selbst wenn, wie das innerhalb des Kapitalismus zweifellos der Fall ist, es Tendenzen gibt, die auf einen Krieg hinzielen. Ist nur der Schatten einer Tendenz zugunsten des Friedens innerhalb des Kapitalismus selbst vorhanden, so ist es unsere Aufgabe, ihn nach jeder Richtung hin zu verstärken. (Sehr richtig!) Solche Friedenstendenzen sind vorhanden, und vielerlei Gründe veranlassen den heutigen Kapitalismus, den Frieden in jeder Hinsicht zu wünschen. (Sehr wahr!) Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Kapitalismus aller Länder, oder bildlich ausgedrückt, es ist ein Spinngewebe von kapitalistischen Fäden vorhanden, das durch einen kriegerischen Schwertstreich so zerrissen werden könnte, daß jeder nationale Kapitalismus schwer betroffen würde. Es gibt nichts in den Beziehungen Frankreichs zu Deutschland oder Deutschlands zu England, was diese Länder zwingt, einen Krieg zu unternehmen. Es ist eine falsche Darstellung, wenn man jahrelang gesagt hat, daß der industrielle Aufschwung Deutschlands dem industriellen Aufschwung Englands schwer geschadet hat. Der englische Export hat absolut stärker zugenommen als der deutsche, wenn auch nicht relativ. Jedenfalls ist der englische Handel zugleich mit dem deutschen um viele Milliarden gewachsen. Auf der anderen Seite sehen wir, daß Deutschland und Frankreich im Grunde genommen durch keine imperialistischen Fragen getrennt werden. Es ist kein ökonomisches Problem, das den Gegensatz der beiden Länder, die so viele gemeinsame ökonomische Interessen haben, immer aufs neue nährt, sondern es ist die elsaß-lothringische Frage, die in das Gebiet der „nationalen Ehre" und des internationalen Völkerrechts gehört. (Sehr richtig!) Dieser Ansicht hat

kürzlich der französische nationalistische Abgeordnete Delafosse im „Echo de Paris" klar Ausdruck verliehen. Wenn wir nun wissen, daß diese zwei Länder keine imperialistische Frage trennt, daß zwischen England und Deutschland der wirtschaftliche Gegensatz nicht so groß ist, daß er unbedingt entweder den Krieg oder den Zusammenbruch eines der beiden Länder zur Folge haben muß, so dürfen wir sagen: daß hier einer jener Punkte ist, wo wir den Hebel zugunsten der Friedensbewegung ansetzen können. Daß die Mächte nicht geneigt sind, den Frieden zu stören, konnten Sie, um ein Beispiel der letzten Tage zu nennen, ja erst kürzlich beim Ausbruch des Panamakonflikts zwischen Amerika und England beobachten. Die Blätter aller Richtungen in England schrieben: es wird uns nicht einfallen, deshalb einen Krieg zu beginnen, denn wir würden uns damit nur selbst treffen. Tatsächlich hat jedes Land heute in anderen Ländern soviel Kapital, daß es sich durch einen Krieg selbst treffen würde. (Sehr wahr!) Sogar unser „Erbfeind" Frankreich hat ja in Deutschland heute schon über eine Milliarde Kapital in allen möglichen Unternehmungen stecken. Innerhalb der kapitalistischen Welt selbst muß infolgedessen ein starkes Bedürfnis vorhanden sein, um den Frieden zu wahren. Man braucht ja nur die Börsenberichte anzusehen, um festzustellen, daß im Börsenteil der Zeitungen die Betrachtungen ganz anders lauten als im Leitartikel, wo man glaubt, den Begriffen der nationalen Ehre einen möglichst kriegerischen, möglichst heldenhaften Ausdruck verleihen zu müssen.

Wenn wir die heutige Situation ansehen, dann erkennen wir, wie ganz besonders falsch es ist, wenn Pannekoek sagt, daß gerade das Finanzkapital ein Interesse am Wettrüsten habe. Nein, es ist gerade das Finanzkapital, das ein Interesse daran hat, daß nicht weiter gerüstet wird. Ich spreche nicht von der Kriegsindustrie. Daß die ein Interesse daran hat, ist selbstverständlich; aber die Kriegsindustrie umfaßt trotz ihrer Ausdehnung nicht den größten Teil des Finanzkapitals. In den Direktionsbureaus der großen Banken von Berlin, von Paris, von London wird zweifellos nicht die Entfachung des Weltkrieges betrieben, sondern man arbeitet eher darauf hin, von dort aus möglichst auf diplomatischem Wege friedlich einzuwirken. Genosse Henke, Sie lachen? Dazu ist gar kein Grund vorhanden, denn diese Bestrebungen sind festgestellt. Das Finanzkapital übt eine ganz besondere Art der Betätigung aus, die glänzend dargelegt wurde von dem Genossen Dr. Rudolf Hilferding in seinem ausgezeichneten Buch: „Das moderne Finanzkapital". Wir dürfen uns nicht täuschen lassen durch gewisse äußere Gesten der Verwalter des Finanzkapitals, die darauf hindeuten, daß es ein Interesse an dem Wettrüsten hat. Dr. Lensch sagte: ein Kapitalismus ohne Armee stehe in der Luft. Das ist richtig und stimmt besonders für die Anfänge des Kapitalismus; wir sehen aber auch, daß ein Augenblick kommt, wo das Kapital ein Interesse daran hat, daß diese militärische Aufwärtsentwickelung zum Stillstehen gebracht wird. Wir sind nicht so utopistisch, zu verlangen, daß der Kapitalismus seine Armee ganz abschaffe, wir fordern ja einstweilen nur eine Rüstungseinschränkung und keine weitere Aufrüstung mehr. Wenn das Wettrüsten eine natürliche Folge der großkapitalistischen Politik ist, so ist es sicher keine unbedingte Notwendigkeit mehr in einer gewissen Epoche. Nach meiner Ansicht ist es eine konservativ-fatalistisch-ideologisch-marxistische Auffassung (Heiterkeit), wenn man sagt, daß es aussichtslos sei, für die Beschränkung des Wettrüstens einzutreten, weil dieses unvermeidlich wäre. Nein, es ist nicht der Fall, daß das Wettrüsten eine Naturnotwendigkeit ist und daß wir nicht dagegen kämpfen können, ohne Reaktionäre und ideologische Friedensschwärmer zu sein. Wir kämpfen mit anderen Waffen und Argumenten als die bürgerlichen Friedensfreunde und können gar nicht mit ihnen verwechselt werden. Bedenken Sie, Parteigenossen, aber

auch vor allem, welche Wirkung im Ausland es haben müßte, wenn sich die deutsche Sozialdemokratie die Argumente von Pannekoek und Lensch zu eigen machte, wenn die Forderung auf Abrüstung fallen gelassen würde. Draußen in den anderen Ländern stehen überall die Armeen unserer bürgerlichen Gegner, die nur darauf warten, sagen zu können, die deutsche Sozialdemokratie habe theoretische Gründe gesucht, um nicht mehr gegen das „von dem deutschen Volke gewünschte Wettrüsten" ankämpfen zu müssen. (Sehr wahr!) Heute können in der französischen Kammer Jaurès, im englischen Unterhaus Keir Hardie, in den spanischen Cortes Pablo Iglesias stets anführen, daß in Deutschland eine Millionenarmee von Sozialisten lebt, deren beredteste Wortführer immer wieder eintreten für die Einstellung des Wettrüstens. Praktisch müssen wir denken, wenn wir diese praktische Frage erledigen wollen. Es wäre das gefährlichste, was wir tun könnten, wenn wir uns der Taktik von Pannekoek und Lensch anschließen würden. Wir würden der internationalen Friedensbewegung, soweit sie von Sozialisten geleitet wird, einen sehr harten Schlag versetze, wenn wir die Möglichkeit schaffen wollten, auch nur ernsthaft zu erwägen, ob die Forderung der Abrüstung aus unserem Programm eventuell zu streichen ist. Unsere Stellungnahme hierzu ist nichts anderes als die praktisch angewandte Grundauffassung, die auch die Gewerkschaften haben, daß es eben doch möglich ist, innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gewisse ihrer Auswüchse einzudämmen, zu verkleinern, zum Stillstand zu bringen. Und in dem Sinne ist wohl die Schlußfolgerung der Pannekoekschen Anschauungen, die darauf hinauslaufen, daß die Forderung der Abrüstung eine Utopie sei, keine Utopie, sondern ein sehr gefährlicher Vorschlag, den man uns macht. Die deutsche Sozialdemokratie, die angesehenste und mächtigste Sektion der sozialistischen Internationale, sollte heute hier laut sagen: wie wir jederzeit für die Abrüstung gekämpft haben, wollen wir auch fernerhin alles tun, um die innerhalb des Kapitalismus und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst vorhandenen Tendenzen gegen den Weltkrieg durch die außerordentliche Naturkraft, welche uns die hinter uns stehenden Massen des Volkes gibt, jederzeit zu stärken. (Stürmischer anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Liebknecht-Berlin: Ich darf wohl, ohne unbescheiden zu sein, daran erinnern, daß auf zwei internationalen Jugendkonferenzen — 1907 und 1910 — die hier behandelte Frage ausführlich und, wie ich glaube, alle die hier und vorher in den Preßdebatten vorgebrachten Gesichtspunkte umfassend, besprochen worden ist. Unzweifelhaft besteht ein Gegensatz zwischen den Auffassungen der Genossen Lensch-Pannekoek und Kautsky und anderen. Aber mir scheint das doch kein so tragischer Konflikt, daß man nötig hätte, sich die Haare auszuraufen. (Heiterkeit.) Ich meine, daß Pannekoek und Lensch bloß den Gedankengang nicht zu Ende denken, den sie der Marxismus weist. Sie bleiben auf halbem Wege stehen und sind befangen in einer etwas mechanistischen Auffassung der Gesellschaft und ihrer Entwickelung. (Lebhaftes Sehr wahr!) Es ist ganz eigentümlich, daß Lensch, der sonst ein so eifriger Bekenner des antagonistischen Charakters unserer Gesellschaftsordnung ist, hier so vollkommen versagt, und es ist erstaunlich, daß er verkennt, wie es zwar in der kapitalistischen Gesellschaft wohl notwendige Tendenzen gibt, aber keinerlei absolute Notwendigkeiten nach keiner Richtung hin, und wie den notwendigen Tendenzen allenthalben ebenso notwendige Gegentendenzen entgegentreten. Und wenn Lensch erklärt, wir haben den Kapitalismus zu fassen, wie er ist, so müssen wir sagen, indem wir ein Wort von Lensch aufnehmen, wir dürfen auch den Kapitalismus nicht isoliert nehmen, nicht als unter einer Glasglocke befindlich betrachten, losgelöst von den gleichzeitigen antikapitalistischen Kräften und Trieben. Es ge-

hört zu den Tendenzen der kapitalistischen Entwickelungsperiode, daß alles zeitweilig notwendig und alles nicht dauernd notwendig ist. Wir brauchen nur zu erinnern an die kapitalistische Konkurrenz — ich spreche noch nicht von der internationalen —, wie sie in verschiedenen Perioden einen sehr verschiedenen Charakter annimmt. Das einmal Bestehende ist ein Notwendiges, nur insoweit sich nicht Gegentendenzen entfalten, die Modifikationen und Umänderungen herbeiführen. Ganz genau so liegt es mit der Frage, die uns hier beschäftigt. Es trifft nicht zu, daß im Kapitalismus keine Gegentendenzen gegen die kriegerischen Tendenzen und gegen das Wettrüsten vorhanden seien. Die Resolutionen der internationalen Jugendkonferenzen haben dies in gründlicher Weise behandelt. Und Bebel ist es gewesen, der im vergangenen Jahre auf dem Parteitag in Jena gerade die internationalen Zusammenhänge, die selbst vom Standpunkt des Kapitalismus aus gegen den Kriegswahnsinn sprechen, in schlagenden und eindrucksvollen Sätzen vor Augen geführt hat. Lensch hat einen wesentlichen Gegensatz zwischen Abrüstung und Miliz konstruiert. Ich bestreite, daß dieser Gegensatz besteht. Wir hatten auf der Kopenhagener Jugendkonferenz 1910 — gestatten Sie, daß ich etwas viel davon rede, vielleicht lächeln Sie in sich hinein, aber mir scheint das wichtig — entsprechend dem deutschen Parteiprogramm die Miliz, die allgemeine Volksbewaffnung, als eines der Ziele der antimilitaristischen Bewegung festlegen wollen. Wir fanden aber energischen Widerspruch bei den Skandinaviern, denen die Miliz als eine Verschlechterung ihres bisherigen Zustandes erscheint. Die Sache liegt doch so: Wir streben nicht die Miliz um ihrer selbst willen an; wir wollen doch nicht das Volk bewaffnen, soweit es nicht zur Abwehr gegen die herrschenden und unterdrückenden inneren Mächte und gegen auswärtige Feinde nötig ist. Die Miliz ist nicht in allen Fällen das Bessere gegenüber dem bestehenden Zustande, sie kann unter Umständen auch eine Verschlimmerung sein, sie ist nur das kleinere Uebel, im Vergleich zu dem größeren, vor allem des stehenden Heeres, demgegenüber sie in bezug auf internationale wie auf innerpolitische Konflikte mindergefährlich ist. Es besteht also auch aus diesem Grunde kein prinzipieller Widerspruch zwischen Miliz und Abrüstung. Der Imperialismus, kann man wohl kurz und bündig sagen, ist ein kapitalistisches Geschäft, und weil er das ist, empfiehlt es sich, das Wesen des Kampfes gegen den Imperialismus auf eine kaufmännische Formel zu bringen. (Sehr gut!) Die historische Mission des Proletariats gegenüber dem Imperialismus ist, geschäftlich betrachtet, das soziale, politische und auch wirtschaftliche Risiko der kriegerischen Form des internationalen Konkurrenzkampfes durch seine Klassenkampfpolitik für die herrschenden Klassen der beteiligten Länder dermaßen zu erhöhen, daß ihnen selbst die friedliche Verständigung in der internationalen Konkurrenz, z. B. im Sinne der Vertrustung als das geschäftlich Zweckmäßigere erscheint. In dieser Weise das Problem aufgefaßt, haben wir nicht die Spur preisgegeben von irgendeinem marxistischen Grundgedanken. Die wichtigste der Tendenzen gegen den Imperialismus ist die vom Proletariat getragene der Solidarisierung aller Völker, des Klassenkampfes, den die Arbeiterklasse innerhalb der einzelnen Ländern und in der Internationale führt gegen diejenigen Kreise, deren Geschäft der Imperialismus ist. Hier gilt es weiter zu arbeiten genau in der Richtung, in der die Sozialdemokratie, die internationalen sozialistischen Kongresse bisher gewirkt haben; wir haben nicht einen Buchstaben wegzunehmen, von dem, was wir bisher gesagt und getan haben. Und wenn die Sozialdemokratie aller Länder in dieser Richtung unter Aufbietung der rücksichtslosesten Energie weiterarbeitet, so tut sie alles, um das Menschenmögliche an Macht zu entfesseln, den Imperialismus an kriegerischen Abenteuern zu hindern. Die internationale proletarische Solidarität immer weiter auszubilden und zu festigen; den Klassenkampf immer intensiver und leidenschaftlicher zu gestalten, immer mehr bereit zu sein, mit allen Mitteln, koste es, was es wolle, dem Imperialismus entgegenzutreten, das ist meiner Ueberzeugung nach ein sehr guter und sicherer Schutzwall gegen die Völkerverhetzung der herrschenden Klassen und wir können nichts besseres tun gegen die Kriegsgefahr, als den herrschenden Klassen keinen Zweifel zu lassen, welch gewaltige wirtschaftliche, politische und soziale Gefahren sie durch die Entzündung eines Weltenbrandes über sich heraufbeschwören, vermöge der hohen intellektuellen Entwickelung des Proletariats und vermöge der rücksichtslosen Entschlossenheit des Proletariats zum Klassenkampf. Für uns gilt in der Tat das alte Wort: si vis pacem, para bellum, wenn du Frieden willst, bereite den Krieg. Wir können sagen, wenn wir den Völkerfrieden wollen, müssen wir den Krieg, den Klassenkampf bereiten, ihn mehr und mehr international führen und schüren. Es ist nicht möglich, heute abzuirren von der Richtlinie, die wir auf unseren bisherigen Kongressen uns gezogen haben, und nur das eine ist nötig, daß wir uns heute noch einmal zu einer einmütigen und enthusiastischen Kundgebung vereinigen gegen den Imperialismus, für die internationale Solidarität, und für die Anerkennung der wichtigen und bedeutungsvollen Rolle der proletarischen Macht gegenüber den Mächten des imperialistischen Kapitalismus. In einer Zeit, die dermaßen angefüllt ist mit Zündstoff, wie die heutige, ist es unmöglich, auf einem sozialistischen Kongreß über dieses Thema hinwegzugehen. Und ebenso unmöglich ist es, daß sich irgendwelche ernsthafte Meinungsverschiedenheit darüber geltend machen könnte, daß wir über alle Welt hinaus dem Proletariat zurufen: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr!“ (Großer Beifall.)

Cohen-Leipzig: Da ich nicht unmittelbar an der Polemik zwischen Lensch und Kautsky beteiligt bin, glaube ich, keiner Uebung des Parteitages zuwider zu handeln, wenn ich die Kautskyschen Ansichten in meine Erörterungen einbeziehe. Ich werde mich sehr gern auf das Notwendigste beschränken, aber ganz über sie hinwegzugehen, ist unmöglich. Sowohl Kautsky als Lensch haben beide voneinander behauptet, daß ihre jeweilige Stellungnahme neu oder alt sei und daß besonders von jeher die Internationale (nach Kautskys Erklärung) die Idee der Abrüstung vertreten habe. Das bestritt Lensch und Kautsky wies, in diesem Falle mit Recht, darauf hin, daß er selbst noch 1907 in der „Leipziger Volkszeitung“ Artikel veröffentlichte, die in dem Prinzip gipfelten, die Regierungen könnten abrüsten, wenn sie nur wollten, und daß diese Artikel in Leipzig als Broschüre herausgegeben wurden. Das beweist gar nichts gegen die Auffassung von Lensch. Denn erstens wird er sicherlich auch Meinungen, die den seinigen entgegengesetzt sind, in die „Volkszeitung“ aufnehmen, und dann hat er mit dem Verlag nichts zu tun, so daß die Herausgabe der Broschüre durch die Leipziger Buchdruckerei nicht gegen ihn ausgenützt werden kann. Es könnte ja auch sein, daß Lensch seit 1907 viel gescheiter geworden ist und nicht mehr die gleichen Auffassungen wie damals habe. Ich glaube allerdings, daß Lensch hier weiter sieht als Kautsky, und den Beweis erbracht hat, daß die Idee der Internationalen Abrüstung, die zum Weltfrieden führen würde, früher in der Internationale nicht vertreten war. Dafür zwei Beispiele: zuerst, um Liebknecht zu zeigen, wie unpraktisch es ist, wenn man sich auf eine Aeußerung Bebels beruft, ebenfalls ein Hinweis auf den Jenaer Parteitag. Dort schloß Bebel: „Die Frage der Abrüstung und was damit zusammenhängt, wird uns künftig nicht mehr trennen. Also, nicht Abrüstung, heißt künftig für das bürgerliche Europa die Losung, sondern Aufrüstung. Meiner Ueberzeugung nach kann diese Aufrüstung nur mit einer großen Katastrophe endigen.“ Damit hat Bebel nicht gesagt, daß wir Aufrüstung und

Katastrophe wünschen, sondern nur ausgedrückt, daß sie kommen muß. Etwas anderes sagen auch Lensch und Pannekoek nicht. Grumbach verfiel in den Riesenfehler, den Imperialismus nur auf das Verhältnis zwischen Deutschland, England und Frankreich zu beschränken. Nennen Sie mir eine Stelle von Lensch, Pannekoek, Luxemburg und anderen, die der Auffassung widerspricht, als ob sie es nicht für nötig hielten, daß zwischen Deutschland und Frankreich durch eine Verständigung die augenblickliche Kriegsgefahr beseitigt werde. Das ist aber doch etwas ganz anderes, und in Wirklichkeit entsteht hier eine neue, schwere Gefahr, die die Folge einer Verständigung Deutschlands und Englands aller Voraussicht nach für eine nicht zu ferne Zukunft sein würde. Denn deren Verständigung hat den Zweck, jetzt gemeinsam und erst recht anderen gegenüber imperialistisch auftreten zu können, namentlich, um anderen Ländern die Brocken wegzunehmen, über die sich die beiden Großstaaten etwa einigen. Dann richtet sich eben die Gefahr des Wettrüstens gegen andere Länder. Denn daß ein Sozialdemokrat auf die Idee kommen könnte, man könnte alle Länder unter einen Hut bringen, halte ich für unmöglich. Wenn aber Bernstein die Möglichkeit eines großen Krieges als Bankerotterklärung der Welt bezeichnet, dann wundere ich mich sehr darüber. Diese Bankrotterklärung kann doch nur eine Bankrotterklärung sein vom ethischen Standpunkt und Bernstein hätte vorher zu beweisen, daß die Entwickelung ethisch-moralisch sein möge. Eine Bankerotterklärung vom Standpunkt der Entwickelung schlechthin gibt es doch nicht, denn die Entwickelung kann ebensogut blutig und kriegerisch verlaufen. Bernstein hat von den Schiedsgerichten gesprochen. Keiner von uns hat den Glauben, daß die Schiedsgerichte nicht gut sein könnten in einzelnen Fragen, aber alle Sozialdemokraten weisen es zurück, daß Schiedsgerichte in Lebensfragen der Völker endgültig entscheiden könnten und wenn Bernstein weiter behauptet, wir nützten mit einer solchen Ablehnung der Reaktion, so ist das eine Methode, die von den Freisinnigen immer gegen uns angewandt wird, wenn sie wünschen, daß wir von unserer Haltung abgehen. Wir haben uns aber noch nie dadurch bestimmen lassen, etwas nicht zu tun, was wir für richtig hielten. (Sehr richtig!) Kautsky hat erst in seinem „Weg zur Macht" darauf hingewiesen, daß so lange die Weltpolitik dauere, auch der Wahnsinn des Wettrüstens bis zur völligen Erschöpfung zunehmen müsse, und so werde sich der Wahnsinn steigern, bis das Proletariat die Kraft gewinne, den Imperialismus zu überwinden und durch den Sozialismus zu ersetzen. Das sagen Pannekoek und Lensch auch und an keiner Stelle, daß man den Imperialismus nicht bekämpfen solle. Es ist aber falsch, was man als Endhoffnungen an eine Verständigung Deutschlands und Englands oder ganz Westeuropas knüpft. Denn Amerika geht in seinem Interesse nicht mit diesen Staaten, dazu kommt Ostasien usw. Und wenn die Reichstagsfraktion bei dem Abrüstungsvorschlag sich begnügt hätte, zu sagen, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und England die augenblickliche Kriegsgefahr vermindern und einen wichtigen Streit aus der Welt schaffen könne, so hätte keiner etwas dagegen gehabt. Aber Hoffnungen daran zu knüpfen, wie es die Resolution tut, daß durch internationale Abmachungen der Weltfriede gesichert werden könnte, das halte ich für eine Utopie. Haase behauptet, daß die Tendenz des Kapitals beim Imperialismus durch unsere Gegentendenz erschüttert werde, wie in der Tendenz, die Arbeiter zu verelenden. Das muß er doch aber beweisen, es zu behaupten, genügt nicht. Er hat bei dieser Uebertragung einen logischen Salto mortale gemacht. Er hat sich an die Argumentation Kautskys angeschlossen, der meint, es gäbe auch eine andere Methode statt des Wettrüstens, nämlich die friedliche Durchdringung durch das Kapital. Diese friedliche Durchdringung Ostasiens mit westeuropäischem Kapital ist aber

erst recht der Keim schwerer Katastrophen. Wenn China oder ein anderes Land glaubt, nicht mehr so auf das westeuropäische Kapital angewiesen zu sein und sich freimachen will, dann müssen die westeuropäischen Mächte erst recht rüsten, um die Interessen ihrer Kapitalisten in Ostasien zu vertreten. Wenn Sie abrüsten in dem Sinne verstehen, daß durch eine Verständigung mit anderen Ländern eine vorübergehende Milderung herbeigeführt werden soll, so haben wir nichts dagegen. Aber denken Sie an die Tarifverträge, die man als A und O eines Friedensinstrumentes ansah. Man hat damit aber die Entscheidungen nur hinausgeschoben. Aus allen diesen Gründen ist es unmöglich, die Teile der Resolution anzunehmen, die in internationalen Verständigungen die Möglichkeit des Weltfriedens sehen. Wir können uns dem nicht anschließen. Durch die Verständigung einiger Nationen wird keine Katastrophe verhindert, sie bedeutet im Gegenteil die Ausschaltung anderer Länder, gegen die zu rüsten dann doppelt nötig wird. Der internationale Friede kann nur garantiert werden durch den Sozialismus, nicht aber durch Verständigungsaktionen einiger oder auch mehrerer Mächte, die einer augenblicklichen Situation entsprechen mögen, bei dem dauernden Wechsel der Dinge aber nur vorübergehende Erscheinungen sein können. (Zustimmung.)

Quessel-Darmstadt: Ich habe das gewiß seltene Vergnügen, hier meine Uebereinstimmung mit den Anschauungen der Genossen Lensch und Pannekoek insoweit zum Ausdruck zu bringen, als ich auch der Meinung bin, daß das, was heute über das Problem des Imperialismus gesagt worden ist, nur als der Anfang einer Stellungnahme angesehen werden kann. Vor allem vermisse ich in der Resolution die Erörterung der handels- und industriepolitischen Seite des Imperialismus. Im Wahlkampfe ist mir von imperialistisch gesinnten Gegnern wiederholt der Vorwurf gemacht worden, daß unsere Partei in der Marokkofrage die Industrie und damit die Lebensinteressen des deutschen Volkes schamlos preisgegeben habe. Ich habe auf die Erklärung Bebels hingewiesen, daß wir unter allen Umständen für unsere Industrie die Gleichberechtigung auf dem Weltmarkt fordern müssen. Nun vermisse ich außerordentlich, daß diese Erklärung Bebels in Jena, die damals von uns allen ausnahmslos mit stürmischer Begeisterung begrüßt wurde, und die uns außerordentlich wertvolle Dienste im Wahlkampf geleistet hat, in der Resolution keinen Ausdruck findet. Wir fordern zwar die Freiheit des Weltverkehrs. Was sollen wir aber antworten, wenn unsere Gegner fragen, wie wir die aufrecht erhalten wollen. Nach unseren alten bisherigen Anschauungen müßte ich erklären: wir wollen eben die offene Tür haben. Aber nähere Nachforschungen in der Handelspolitik haben mich überzeugt, daß die offene Tür nicht mehr das leistet, was wir Sozialisten bisher glaubten. Unsere Kolonien behandeln wir als Ausland, es wird dort keine Industrie durch Zölle begünstigt, auch die deutsche nicht. Nach der amtlichen Denkschrift ergibt sich, daß die deutsche Metallindustrie in den deutschen Kolonien 34mal soviel Absatz hat wie die englische, daß aber die Ausfuhr an Produkten der Metallindustrie nach Britisch-Indien im Jahre 1909/10 von England 152 Millionen betrug, von Deutschland nur 5,8, also gerade das umgekehrte Verhältnis wie in unseren Kolonien. Für die Lösung eines Problems ist es nun außerordentlich wichtig, daß man sich der Schwierigkeiten erst einmal bewußt wird. Für das für uns in der letzten Zeit besonders aktuell gewordene Thema können wir natürlich nicht sofort eine fix und fertige Lösung haben. Es muß aber betont werden, daß es sich um ein Lebensproblem für die deutsche Arbeiterschaft handelt. Eine teilweise Lösung liegt allerdings darin, daß wir an dem Grundsatz festhalten, überall unsere Macht dafür einzusetzen, daß die Freiheit und staatliche Unabhängigkeit der Völker möglichst erhalten bleibt. Das gilt

für Persien, das gilt auch für das chinesische Volk und das türkische. Auch in der Marokkoaffäre, die ja jetzt der Vergangenheit angehört, hätten wir mit größerer Energie, als es geschehen ist, eine selbständige Stellung des Landes gegenüber dem raubgierigen französischen Imperialismus vertreten müssen. Es ergibt sich daraus aber auch die Notwendigkeit, daß überall da, wo die deutsche Regierung dafür eintritt, die Gleichberechtigung unserer Industrie wirksam durchzuführen, wir hinter ihr stehen müssen. Das liegt im Interesse des Proletariats, genau so, wie wir hinter der Regierung stehen, wenn sie wirklich die Absicht hat, gute Handelsverträge zustandezubringen. Die Resolution ist keine Lösung, wir werden uns noch später mit dieser Frage beschäftigen müssen. Es wird notwendig sein, daß von ultraradikaler, revisionistischer und marxistischer Seite zu dieser Frage der offenen Tür Stellung genommen wird. (Lebebour lacht.) Wenn Sie lachen, so tut das nichts zur Sache. Es sind oft Tatsachen verlacht worden, weil die betreffenden Personen sich mit der Frage nicht eingehend beschäftigt hatten. Von Bebel weiß ich, daß er diese Frage für äußerst bedeutungsvoll hält. Vor einem Jahre in Jena war ich noch der Ansicht, daß die offene Tür genügt, um die Gleichberechtigung der deutschen Industrie aufrecht zu erhalten. Von dieser Meinung bin ich abgekommen, und jeder, der vorurteilslos die Zahlen der Handelsstatistik prüft, wird ebenfalls davon abkommen müssen. Eine Lösung dieser schwierigen Frage kann ich vorläufig nicht geben, wohl aber habe ich zur Aufhellung des Problems in den „Sozialistischen Monatsheften" wichtige Fingerzeige gegeben.

Lebebour: Die statistischen Bedenken Quessels gegen die Politik der offenen Tür sind ja vor einigen Monaten zunächst in den „Sozialistischen Monatsheften" zutage gekommen. Sie haben damals bei mir dieselbe Heiterkeit erweckt wie heute. Er glaubt, besonders tief in die Sache eingedrungen zu sein. Er hat sich aber bei weitem noch nicht tief genug damit beschäftigt. Er hat aus der Tatsache, daß die englischen Ausfuhrzahlen nach den englischen Kolonien größer sind als die deutschen, den Nachweis führen wollen, daß allein die englische Oberherrschaft das bewirkt habe. Das ist nicht richtig, denn in diesen Ausfuhrwerten von England aus stecken zweifellos auch deutsche Produkte. Einem solchen tiefgründigen Forscher müßte doch die Tatsache bekannt sein, daß nach allen englischen Kolonien die Waren meist über England gehen, auch wenn sie aus anderen Ländern kommen. Das sind eben die Wege des Handelsverkehrs. Der Umstand, daß umgekehrt die Ausfuhr von Metallwaren aus Deutschland nach den deutschen Kolonien verhältnismäßig überaus groß ist, erklärt sich daarus, daß die deutschen Kolonien vorläufig noch auf lange Zeit hinaus nicht gerade kulturell entwickelte Gebiete sind. Was da an Metallwaren aus Deutschland eingeführt wird, das sind vorzugsweise Eisenbahnschienen und allerhand sonstiges Material, das zu den Eisenbahnbauten gebraucht wird, die mit deutscher Subvention von deutschen Unternehmern direkt ausgeführt werden. Das sind ganz künstliche Verhältnisse, die für die allgemeine Schlußfolgerung gar nicht in Betracht kommen. Um die Politik der offenen Tür ist Quessel vorsichtig herumgegangen. Ich hätte gedacht, daß er hier wenigstens mit seinen Schlußfolgerungen herausgerückt wäre. Als ich seinen Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften" las, hätte ich geglaubt, daß er von Paasche oder einem anderen Nationalliberalen stammt, wenn ich nicht den Namen eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten darunter gelesen hätte. (Hört! hört!) Diese Politik der offenen Tür müssen wir unbedingt befürworten.

Als Ausgangspunkt für die Auffassung, die Lensch, Pannekoek und andere Genossen von uns trennt, darf ich wohl einen Satz bezeichnen, den ich der Rede von Pannekoek entnommen habe: Er sagte dem Sinne nach, die deutsche Regierung hätte vom Standpunkt der Kapitalsinteressen aus ein Recht, die kapitalistische Beutepolitik mit gewalttätigen Mitteln zu betreiben. Aehnlich klang es ja auch aus den Ausführungen von Lensch heraus. Beide gehen von der Ansicht aus, die zweifellos bestehende Beutetendenz des Kapitalismus in fremden Ländern lasse sich *nur* ernstlich betreiben durch eine Politik *mit gewalttätigen Mitteln*. Deshalb sei das Wettrüsten etwas, was naturgemäß immer weiter gesteigert werden müsse, natürlich immer vom Standpunkt der kapitalistischen Regierung aus. Lensch hat im Zusammenhang damit auch noch darauf hingewiesen, daß die Abrüstungsangebote Englands, die uns ja damals im Reichstag Veranlassung zu unserem Antrag gegeben haben, eigentlich darauf zurückzuführen seien, daß Deutschland die anderen Staaten zur dauernden Unterlegenheit zur See verurteilen will. Die Auffassung geht dahin, daß diese Ausbeutungspolitik mit gewalttätigen Mitteln etwas Absolutes sei, daß sie absolut wirkte, ohne daß andere kapitalistische Tendenzen dem entgegenwirken. Schon Grumbach und Liebknecht haben auf die Verkehrtheit solcher Auffassungen hingewiesen. Ich möchte zur Ergänzung noch auf eine andere im Kapitalismus wirkende Tendenz hinweisen. Sie wissen, daß ein Wesenselement der kapitalistischen Betriebsweise die Konkurrenz ist. In den Anfängen der kapitalistischen Betriebsweise herrscht überall die Konkurrenz nahezu absolut, der einzelne Kapitalist sucht mit allen Mitteln, die ihm zu Gebote stehen, erlaubten oder unerlaubten, sich im Konkurrenzkampf gegen andere seinen Profit zu erraffen. In der weiteren Entwickelung kommt das Kapital über diesen absoluten Konkurrenzkampf hinaus. Die Kapitalisten vereinen sich schließlich zur gemeinsamen Ausbeutung der Arbeiter und des konsumierenden Publikums. Das sind die Kartelle und Trusts. Die ursprünglich konkurrierenden Kapitalisten schließen sich zusammen zu großen Ausbeutungskonzernen; es kommt dann schließlich dahin, um mit Marx zu reden, daß die Expropriateure selbst expropriiert werden. Die europäische, die amerikanische Ausbeutungsgesellschaft ist bereits so weit gekommen, daß sich das Kartellierungsbedürfnis auch von Staat zu Staat in ähnlicher Weise geltend macht, wie früher unter den Kapitalisten eines Landes das Kartellierungsbedürfnis der einzelnen Kapitalisten sich Geltung verschaffte. Von diesen ganz allgemeinen Gesichtspunkten aus fasse ich auch die Anregung von England auf als ein Symptom des Kartellierungsbedürfnisses des englischen Kapitalismus mit anderen staatlichen kapitalistischen Organisationen zur gemeinsamen Ausbeutung des Weltmarktes überhaupt. Auf den Grund, weshalb das gerade bei England zuerst zutage getreten ist, darauf hat allerdings Lensch ganz richtig hingewiesen. Die englischen Kapitalisten, die zu ihrer Ausbeutung sogar die Machtmittel des Staates gebrauchen, sind, um ein Bild anzuwenden, gewissermaßen die satten Ratten, und die deutschen Kapitalisten sind die hungrigen Ratten. Die satten Ratten sehen ein, daß sie auf dem bisherigen Wege der Ausbeutung der übrigen Länder mit den staatlichen Machtmitteln das erreicht haben, was sie im staatlichen Konkurrenzkampf erringen konnten, daß sie aber von jetzt an in der bisherigen Ausbeutungsmöglichkeit sich nur erhalten können oder diese Ausbeutungsmöglichkeit fremder Länder noch vergrößern können, wenn sie mit den Konkurrenten in anderen Ländern zu großen, alle Welt ausbeutenden Konzernen sich zusammenschließen. Ich bitte Sie, natürlich den Vergleich nicht wörtlich auszulegen; Sie werden ja verstehen, was ich damit meine.

Das ist ganz allgemein betrachtet, wenn man auf die wirtschaftlichen Ursachen dieser Erscheinung zurückgeht, das, was gegenwärtig gerade in dem wirtschaftlich vorgeschrittensten Lande der Welt den Staat als Organ der Ka-

pitalisten dazu treibt, mit anderen Staaten zu Vereinbarungen zu gelangen, um eine Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen. Diese Tendenz, der natürlich Gegentendenzen entgegenwirken, haben wir alle Ursache, zu stärken, nicht nur in Förderung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwickelung, die über den Kapitalismus hinaus zum Sozialismus führt, sondern auch weil sie direkt unseren Willen, den Frieden aufrechtzuerhalten, entgegennimmt. (Sehr richtig!) Indem wir deshalb, als dieses Symptom in England zutage trat, sofort zugegriffen und unsere Resolution eingereicht haben, die ich selbst verfaßt habe, und die ich auch heute noch aufrechterhalte, da war das nicht nur eine augenblickliche Eingebung, sondern ein konsequenter Schritt in der Verfolgung einer sozialistischen Weltpolitik. (Bravo!)

Es läuft ein Antrag auf Schluß der Debatte ein.

Löbe-Breslau: Ich bitte den Antrag abzulehnen. Es handelt sich hier um einen der interessantesten und wichtigsten Punkte der Tagesordnung, und neben Bernstein stehen noch David, die Genossin Zetkin und andere in der Rednerliste, die unser Wissen bereichern können.

Der Schlußantrag wird angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Quessel-Darmstadt: In der liebenswürdigen Redeform, die dem Genossen Ledebour eigentümlich ist, hat er mir das Zeugnis ausgestellt, meine Artikel hätten ihn so nationalliberal angemutet, daß er, wenn er nicht meinen Namen an der Spitze gefunden hätte, zu der Ueberzeugung gekommen wäre, daß er von einem Nationalliberalen geschrieben worden wäre. Ich bemerke nur kurz, daß der ganze Artikel das Ziel hatte, zu zeigen, daß die bürgerlichen Imperialisten nicht etwa phantastische Schwärmer sind, sondern daß sie aus rein egoistischen Motiven, aus Profitinteresse imperialistische Politik treiben. Wenn ich einen solchen ökonomisch-historischen Nachweis zu erbringen suchte, so lasse ich dahingestellt, ob der Artikel gut oder weniger gut war, ich muß es aber als einen ganz ungerechtfertigten Vorwurf auf das entschiedenste zurückweisen, wenn dabei von nationalliberal gesprochen wird. Derartige Verdächtigungen treffen mich nicht, mich, der seit Jahrzehnten in der Bewegung tätig war und sich stets überall als guter Parteigenosse erwiesen hat, der seine Pflicht in vollem Maße tat. Als Sie noch in der bürgerlichen Redaktionsstube saßen, Genosse Ledebour, da war ich schon Kämpfer für die Partei, da habe ich schon Nummern des verbotenen „Sozialist" in Königsberg verbreitet. Ich bitte Sie daher, mich mit derartigen Angriffen zu verschonen.

Eduard Bernstein: Cohen hat in bezug auf meine Ausführungen gesagt, daß die Bemerkung von liberaler Seite, man folge dem Gebot der Notwendigkeit, wenn man für Rüstungen eintrete, eine Bankrotterklärung der heutigen Gesellschaft bedeute, für eine ethische Beurteilung der Dinge erklärt und hinzugesetzt, Lebensinteressen der Nationen lassen sich nicht durch Berufung auf Ethik regulieren. Nur hat er leider nicht hinzugesetzt, was denn diese Lebensinteressen der Nationen sind. Nach meiner Ansicht gibt es heute für die Kulturvölker kein größeres Lebensinteresse als den Frieden. Wenn er glaubt, damit eine Verurteilung auszusprechen, daß er ein Urteil ethisch nennt, so vergißt er, daß die Ethik die Ausbildung der Normen des Verhaltens der Menschen und Völker zueinander ist, daß es eine ethische Angelegenheit ist, daß Konflikte zwischen den Nationen gemäß den Interessen aller reguliert werden und nicht bestimmt werden von Spezialinteressen im kapitalistischen Sinne. Ich bedauere die heutigen Reden.

Ledebour: Ich erkläre ausdrücklich, daß ich dem Genossen Quessel durchaus nicht vorwerfen will, daß er bewußt eine nationalliberale Politik macht. Was ich gesagt habe, ist das, daß die Gedankengänge in seinem Artikel in den

„Sozialistischen Monatsheften" auf ungenügendem Verständnis handelsstatistischer Zahlen beruhen und in ihren logischen Konsequenzen notwendigerweise zur Befürwortung der heutigentags von der deutschen Regierung betriebenen Kolonialpolitik führen müssen und daß sie deshalb in dem Munde eines Nationalliberalen verständlich wären. Ich wiederhole nochmals, daß es mir durchaus fern liegt, dem Genossen Quessel bewußte Befürwortung nationalliberaler Tendenzen nachzusagen. Ich nehme als mildernden Umstand eben an, daß er selber die Tendenz, die in seinen Gedankengängen zutage tritt, nicht erkannt hat.

Quessel (mit großer Unruhe empfangen): Ich will das Spiel nicht ins Endlose weiter treiben. Es ist nicht wahr, daß ich in irgendeinem Artikel die kapitalistische Kolonialpolitik der heutigen Regierung befürwortet habe. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir eine zivilisatorische Kolonialpolitik brauchen, so wie sie Genosse Bebel im Reichstag seinerzeit unter dem Jubel der Fraktion formuliert hat und wie sie uns im Wahlkampfe gute Dienste geleistet hat.

Ledebour: Ich muß nochmals konstatieren, daß ich nur darauf hingewiesen habe, die logische Folgerung aus den Gedankengängen des Quesselschen Artikels führe notwendig zur Befürwortung dieser Kolonialpolitik. Ich habe nicht gesagt, daß Quessel wissentlich diese Kolonialpolitik befürwortet hat. Ich denke (zu Quessel), Sie werden doch einen Unterschied machen können zwischen bewußter Befürwortung und dem Hervortreten einer Tendenz, deren logische Fortsetzung zu einer solchen Befürwortung führen muß. Können Sie den Unterschied machen? (Heiterkeit.)

Haase (Schlußwort): Das Material des Imperialismus ist so weitschichtig, daß ich Ihnen nur einen kleinen Ausschnitt habe geben können. Ich wundere mich deshalb nicht, daß dieser und jener Redner in meinen Ausführungen manches vermißt hat. Auf die erhobenen Einwendungen kann ich mich sehr kurz fassen. Soweit Quessel sachlich zu widerlegen war, hat das Ledebour vollständig im Sinne meiner eigenen Gedanken getan. Wenn Quessel sagt, er habe nur ausführen wollen, daß die bürgerlichen Imperialisten nicht phantastische Schwärmer, sondern profitlüsterne Egoisten sind, so hätte er auf Zustimmung rechnen können, wenn dieser Gedanke zum Ausdruck gekommen wäre. Im übrigen bin ich erstaunt, daß er, der mir als sorgfältiger Arbeiter bekannt ist, in seinen Artikeln und in den heutigen Ausführungen zu Mißverständnissen gelangt ist, die man schon bei oberflächlicher Betrachtung der Statistik vermeiden muß. Cohen hat sich die Sache sehr leicht gemacht, indem er so vorging, wie hin und wieder die Advokaten, wenn ihnen eine Situation unbequem ist. Er war verpflichtet, für die Behauptung, die er und seine Freunde Lensch und Pannekoek aufgestellt haben, den Beweis zu erbringen. Er versuchte aber, mir die Beweislast zuzuschieben, er verlangte, ich sollte ihm nachweisen, daß seine Behauptungen unrichtig sind. Es kann sich ja nur um Wahrscheinlichkeitsgründe handeln. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber mehr für den Gang der Entwickelung, den ich gezeichnet habe. Mathematische Beweise kann niemand führen. Bernstein muß ich einen kleinen Schmerz bereiten. Er hätte gewünscht, daß die Resolution etwas über Schiedsgerichte enthalte. Die Schiedsgerichte wollen wir alle, wir fordern sie im Erfurter Programm, aber die übertriebene Bedeutung, die Bernstein den Schiedsgerichten beizulegen scheint, kann ich ihnen nicht zuerkennen. Ich möchte auf ein Beispiel aus letzter Zeit verweisen. 1850 ist der Clayton-Bulwer-Vertrag zwischen England und Amerika geschlossen worden, wonach Amerika ohne Zustimmung Englands nicht berechtigt war, einen Panama-Kanal zu bauen. Unter dem Druck des Burenkrieges hat sich England 1901 in dem Hay-Pauncefote-Vertrag dazu verstanden, Amerika das Recht einzuräumen, den

Kanal allein zu bauen, aber es hat daran die Bedingung geknüpft, daß kein Unterschied in der Behandlung der Schiffe der verschiedenen Nationen, die den Kanal befahren, gemacht werden darf. Es ist Ihnen nun bekannt, daß in einer geradezu rücksichtslosen Weise Amerika sich über diesen Vertrag hinwegsetzt und einen unerhörten Vertragsbruch verübt hat. Als die englische Regierung verlangte, daß diese Frage im Schiedsgerichtsverfahren geregelt werde, da hat sich der amerikanische Präsident Taft ablehnend verhalten, derselbe Präsident, der vor zwei Jahren mit vollen Trompetenstößen den ewigen Völkerfrieden feierte und verkündete, er wolle einen Vertrag abschließen, der die Parteien verpflichtet, den Spruch eines internationalen Gerichtshofes in jeder Frage anzuerkennen, die nicht durch Verhandlungen geregelt werden kann, ganz gleich, was die Frage ist, ob sie die Ehre, Gebiet oder Geld betrifft. Der Mann, der so feierlich und für alle Fälle sich dem Schiedsgerichtsverfahren unterwerfen wollte, hat bei der ersten Gelegenheit, wo es darauf ankam, zu beweisen, daß er zu seinem Worte steht, unter dem Einfluß der imperialistischen Bewegung in Nordamerika seinen Standpunkt preisgegeben. (Bernstein: Das spricht aber nicht gegen die Schiedsgerichte!) Aber gegen Ihre übertriebene Einschätzung dieser Idee. Einig sind wir wohl alle darin, daß wir alles aufbieten müssen, um gegen Kriegsgefahr und gegen Kriegshetze einzutreten, daß wir dafür die ganze Kraft einsetzen müssen, die das Proletariat entfalten kann. Ich glaube, auch darin einig mit den übrigen Parteigenossen zu sein, wenn ich als unsere gemeinsame Erkenntnis feststelle, daß im Imperialismus sich eine größere Reife des Kapitalismus offenbart. Der Imperialismus wird zum Totengräber der kapitalistischen Produktionsweise; der Kapitalismus schlägt auf der Höhe seiner Entwickelung in den Sozialismus um. Wir haben dafür zu sorgen, daß, wenn die Stunde für uns schlägt, wir bereit und gerüstet sind, die Aufgabe zu erfüllen, die uns die Geschichte zuweist. (Lebhafter Beifall.)

Die von Haase vorgeschlagene Resolution (die Resolution ist im Anhang abgedruckt) wird mit allen gegen 3 Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen, angenommen. Es folgt Punkt 9 der Tagesordnung:

Maifeier.

Referent ist

Pfannkuch: Parteigenossen! Nach dem Exkurs in das Gebiet der Weltpolitik muß ich Sie zurückführen auf eine Frage, die nicht minder die Parteigenossenschaft berührt, berührt hat und noch in späteren Tagen weiter berühren wird. Ohne Widerspruch zu finden, kann ich wohl feststellen, daß der Parteitag mit dem Parteivorstand der Meinung ist, an der Form und Art der gegenwärtigen Maifeier eine Aenderung nicht vornehmen zu wollen. Auch der Parteivorstand empfiehlt nach den Beschlüssen des vorvergangenen Parteitages und der Internationalen Kongresse vor wie nach, die Maifeier am 1. Mai abzuhalten und die Arbeitsruhe als die würdigste Art und Form der Feier anzusehen. Wir haben selbstverständlich in unseren Beschlüssen die Einschränkung, daß die Arbeitsruhe da einzutreten hat, wo sie ohne wirtschaftliche Schädigung für die Beteiligten stattfinden kann. Wir haben in früheren Beratungen über die Maifeier oft Klage geführt, daß nicht in allen Nationen, die dem Internationalen Bureau angeschlossen sind, die Beschlüsse im allgemeinen und die Beschlüsse über die Maifeier im besonderen in der Art und Weise durchgeführt werden, wie es gang und gäbe in der deutschen Organisation ist. Nach der Richtung hin scheint aber unsere Mahnung auf guten Boden gefallen zu sein. In diesem Jahre hat der Kongreß der englischen Partei ebenfalls die deutsche Resolution über die Maifeier angenommen, wir dürfen uns nun der Hoffnung hingeben, daß auch

jenseits des Kanals die Maifeier in der Art und Form, wie sie in Deutschland besteht, weitere Ausdehnung finden wird. Es ist darauf hingewiesen worden, daß der Inhalt der Maifeier eigentlich heute nicht mehr so vorhanden sei wie in den vorangegangenen Jahren, sondern daß man sich mit dem Gedanken befassen könnte, ob die Maifeier nicht dadurch zu einer allgemeinen, alle Kreise umfassenden gestaltet werden sollte, daß man sie auf den ersten Sonntag im Mai verlegt. Diese Anträge sind ja nicht für das Kapitel Maifeier bestimmt, sondern zu dem folgenden Punkt, dem Internationalen Kongreß. Molkenbuhr wird sich da weiter darauf einlassen. Der andere Entwurf aber, daß der Inhalt der Maifeier nicht mehr in dem Maße vorhanden sei, als das bisher unsere Propaganda herbeiführte, ist nicht stichhaltig. Wenn auch der Gedanke an die Arbeitszeitverkürzung, an die Erkämpfung des Achtstundentages, an den Kampf und Fortschritt in der sozialen Gesetzgebung in immer weitere proletarische Kreise gedrungen ist, so ist auf diesen Gebieten noch genügend zu tun, um den Gedanken fallen lassen zu können, die Maifeier sei überflüssig, wenn man sie nur auf die sozialpolitische Gesetzgebung konzentriere. Der Gegenstand der Tagesordnung, den wir eben verlassen haben, hat zur Genüge gezeigt, daß der Gedanke der Maifeier noch lange nicht erreicht und erfüllt ist. Die Maifeier ist durch die Beschlüsse des Internationalen Kongresses ausgedehnt worden auf die Eroberung des Weltfriedens und auf die Frage der Beseitigung des Wettrüstens. Ich brauche des näheren darauf nicht einzugehen, ich bin der Meinung, wir haben alles zu tun, um diesen Gedanken auszubauen, auf die Forderung des Völkerfriedens und der Beseitigung des Wettrüstens immer hinzuweisen. Wir hatten in diesem Jahre die Genugtuung, daß die Art der Maifeier, die dort gehaltenen Reden und die angenommenen Resolutionen ihr Hauptgewicht auf die von mir berührten Fragen gelegt haben. Nach der Auffassung der Parteileitung sollte man deshalb an der Art und Ausführung der Maifeier nicht rütteln. Etwas anders ist es mit dem Beschluß, der auf dem Nürnberger Parteitag gefaßt worden ist. Dieser Beschluß verfolgt die Absicht, von den Parteigenossen, die im Parteidienst sich befinden, den Betrag ihres Arbeitsverdienstes zu verlangen, um ihn in den Fonds abzuführen, der bestimmt ist zur Unterstützung etwaiger Gemaßregelter aus Anlaß der Maifeier. Der Antrag auf dem Nürnberger Parteitag, der dort die Nummer 90 hatte, lautete: „Die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, welche am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, sind verpflichtet, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abzugeben." Zahlreiche Parteigenossen sind der Meinung, daß die Erfahrungen, die die Ausführung des eben verlesenen Antrages gebracht haben, nicht dazu angetan sind, den Wert und die Bedeutung der Maifeier zu erhöhen. (Sehr richtig! Lebhafte Zustimmung.) Diese Erfahrungen ergeben vielmehr, daß durch die Ausführung des Antrages Wert und Bedeutung der Maifeier herabgesetzt wurden. (Sehr richtig!) Ja, weite Kreise in der Partei sind sogar der Meinung, die Fassung des Antrages scheine nur gewählt zu sein, um die Maifeier zu diskreditieren. Wir haben zu dem diesjährigen Parteitag aus zahlreichen Orten den Antrag zu verzeichnen, den Antrag 90 des Nürnberger Parteitages aufzuheben. Der Parteivorstand hat es für seine Pflicht gehalten, aus Anlaß der zahlreich geäußerten Mahnungen Material zusammenzustellen. Wir haben durch Zirkular unsere Bezirksvorstände aufgefordert, sich zu äußern, inwieweit die Anwendung des eben verlesenen Beschlusses Wirkungen auf die Gestaltung der Maifeier ausgeübt hat. Ich kann Ihnen die beschämende Mitteilung machen, daß aus zahlreichen Kreisen, aus zahlreichen Distrikten unsere Bezirksvorstände Auskünfte erteilt haben, die dahin lauten, daß die übelsten Erfahrungen mit der Ausführung des Nürnberger Beschlusses gemacht worden sind. Ja, ich darf die